21.5.1928

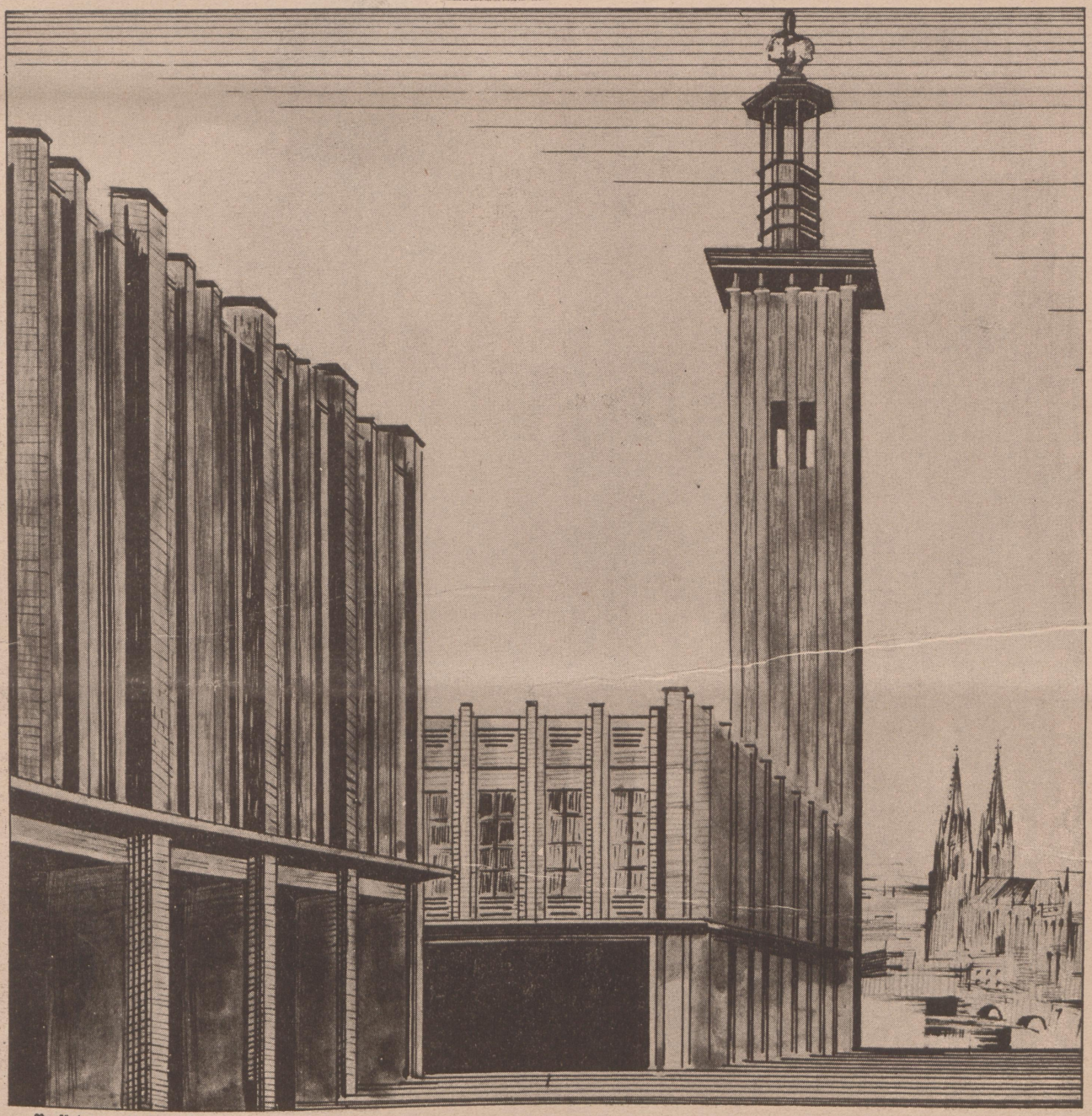
Jahrgang VIII Nr. 10 — 2. Maiheft 1928

Der Heimatdienst

Mitteilungen der Reichszentrale für Heimatdienst
Nachdruck sämtlicher Beiträge nur mit Quellenangabe gestattet

Aus dem Inhalt: Der amerikanische Kriegsächtungspakt — Dr. O. Wingen, Englands Budget der Industrieförderung — O. R. R. Dr. R. Lenz, Die Belastung der Volkswirtschaft durch die öffentl. Hand — Gg. Beyer, Pressa in Köln — Dr. M. E. Lüders, M. d. R., Keine Wohnungen – keine Kinder — Dr. W. Mahrholz, Politische Diagnostik — Dr. P. F. Schmidt, Düsseldorfer Kunstfrühling.

In Kommission:
Zentralverlag G. m. b. H., Berlin W 35
Halbjährlich 2,50 Mark / Jährlich 5,— Mark
Erscheint zweimal monatlich
Durch jedes Postamt zu beziehen



Pressaturm mit Kongreßhaus

Die Pressa in Köln

Der amerikanische Kriegsächtungspakt.

Der Grundgedanke der französischen Politik der Nachkriegszeit ist bekanntlich die Erhaltung und möglichste Sicherung der durch die Friedensverträge in Europa geschaffenen Lage. Er hat schon während der Friedensverhandlungen die französische Politik beherrscht. Wenn damals Frankreich einen besonderen Garantievertrag mit England und Amerika für die Durchführung und Aufrechterhaltung des Versailler Vertrages erstrebte, der von beiden Partnern zwar versprochen, aber nachher infolge der Weigerung Amerikas nicht Tatsache wurde, so handelte damit Frankreich nur in derselben Absicht, mit der es später seine Bündnisverträge mit Belgien, Polen, der Tschechoslowakei, Südslawien und Rumänien abschloß, und mit der es im Rate des Völkerbundes durch das Genfer Protokoll und alle anderen Bemühungen um den Ausbau der „Sicherheit" für die Stabilisierung der gegenwärtigen Macht- und Besitzlage in Europa eintrat. Das Nichtzustandekommen jenes auf der Friedenskonferenz versprochenen Garantievertrages Englands und Amerikas hat in der Diskussion der französischen öffentlichen Meinung und auch des Parlaments immer wieder eine Rolle gespielt. Man machte es für die angebliche Unmöglichkeit einer früheren Rheinlandräumung ebenso verantwortlich wie für das Nichtvorwärtskommen der Abrüstung, und für alle Sicherheitswünsche Frankreichs.

In diesem Rahmen ist es zu verstehen, wenn sich Briand im Juni 1927 mit dem Vorschlage an die Vereinigten Staaten wandte, mit ihnen einen ewigen Freundschaftsbund abzuschließen, der einen absoluten Verzicht auf den Krieg als Mittel der nationalen Politik und die Verpflichtung, alle sich zwischen beiden Staaten eventuell ergebenden Streitigkeiten durch friedliche Mittel zu erledigen, enthalten sollte. Frankreich wollte mit diesem Vertrage ein Sonderverhältnis zu Amerika schaffen, durch das Amerika für den Fall eines europäischen Krieges einseitig zugunsten Frankreichs gebunden werden sollte. Die praktische Bedeutung eines solchen Vertrages sei durch ein Beispiel erläutert. Angenommen Frankreich oder einer seiner Bundesgenossen geriete mit einem anderen Staate in Krieg, dieser andere Staat würde als Angreifer nach Artikel 16 der Völkerbundsatzung Gegenstand einer Blockade durch die Völkerbundsmächte, und die Vereinigten Staaten von Amerika, die bekanntlich dem Völkerbunde nicht angehören, weigerten sich, die Blockade anzuerkennen, weil dadurch ihr Handel mit dem blockierten Staate Schaden leiden würde, und wären willens, ihren Anspruch, mit dem fraglichen Staate weiter Handel zu treiben, eventuell mit kriegerischen Mitteln durchzusetzen, so würde die Existenz eines französisch-amerikanischen Vertrages, wie Briand ihn vorschlug, die Vereinigten Staaten an einer solchen Politik hindern. Indirekt würde das eine Sicherheitsgarantie für Frankreich und seine gesamten Bundesgenossen bedeuten.

Es war nicht anzunehmen, daß die Vereinigten Staaten auf so etwas eingehen würden. Ihr Streben, sich eine Flotte zu schaffen, die der stärksten auf der Welt vorhandenen Flotte gewachsen ist, ist ja gerade durch die Erfahrungen des Weltkrieges lebendig geworden, währenddessen die Vereinigten Staaten sich infolge ihrer maritimen Unterlegenheit vor der Unmöglichkeit sahen, der Blockade der Mittelmächte, die sie als Schädigung und Unterbindung ihres legitimen Handels ansahen, entgegenzutreten. Die amerikanische Regierung antwortete denn auch am 28. Dezember 1927, sie sei nur zum Abschluß eines vielseitigen Vertrages mit den wichtigsten Weltmächten bereit, der den Verzicht auf den Krieg als Mittel der nationalen Politik enthalten würde, und zu dem später allen anderen Staaten der Beitritt offenstände. Die französische Regierung antwortete darauf am 5. Januar 1928, sie sei grundsätzlich ebenfalls nicht gegen einen solchen vielseitigen Vertrag, hielte es aber für besser, daß zunächst Amerika und Frankreich unter sich zum Abschluß kämen, und schränkte ihr ursprüngliches Angebot auf Kriegsächtung dahin ein, den Angriffskrieg zu verbieten. Die amerikanische Antwort auf diese französische Note, die am 11. Januar überreicht wurde, wies den französischen Gedanken eines Vertragsabschlusses zunächst nur zwischen Amerika und Frankreich als unpraktisch zurück, und stellte mit aller Deutlichkeit die Frage, was die französische Regierung veranlaßt habe, von ihrem ursprünglichen Vorschlag, den Krieg als solchen zu ächten, abzugehen und ihn auf den Angriffskrieg zu beschränken. Die französische Regierung antwortete darauf am 21. Januar 1928 mit einer Note, in der sie ihren Widerstand gegen einen mehrseitigen Pakt aufgab, jedoch die Forderung aussprach, daß dieser Pakt den im Rahmen des Völkerbundes abgeschlossenen Verträgen und dem Völkerbund selbst angepaßt werden müßte. Hier kamen zum ersten Male in diesen Verhandlungen die dann später von Frankreich formulierten Vorbehalte zum Vorschein, die darauf hinauslaufen, daß ein vielseitiger Kriegsächtungspakt keinerlei Einschränkungen der in der Völkerbundssatzung und in Frankreichs Bündnisverträgen offen gelassenen Kriegsmöglichkeiten bringen dürfe. Die amerikanische Regierung machte demgegenüber in ihrer Antwortnote vom 27. Februar den Einwand, es sei nicht einzusehen, weshalb, wenn nach französischer Ansicht ein zweiseitiger bedingungsloser Kriegsächtungspakt zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreich durch die bestehenden internationalen Verträge nicht verhindert würde, die bestehenden Verträge dem Abschluß eines bedingungslosen vielseitigen Kriegsrüstungspaktes entgegenstehen sollten. Die amerikanische Regierung machte außerdem den Vorschlag, den Großmächten den bisherigen französisch-amerikanischen Notenwechsel zuzustellen und sie zur Beteiligung an den Verhandlungen aufzufordern, d. h. also, die Verhandlungen zum Abschluß eines vielseitigen Kriegsächtungspaktes praktisch zu beginnen.

Diese amerikanische Note erregte in Paris erhebliche Mißstimmung. Die französische Regierung mußte nunmehr einsehen, daß ihre Initiative, mit den Vereinigten Staaten zu einem zweiseitigen Vertrag zu kommen, und damit durch die einseitige Bindung Amerikas für den Fall eines europäischen Krieges zu Frankreichs Gunsten ein neues Glied in die Kette der französischen Sicherungen einzufügen, gescheitert war, daß vielmehr nun das schon bestehende System von Sicherungen (besonders Bündnisverträge) Gefahr laufe, durch Abschluß eines vielseitigen Kriegsächtungspaktes an Wirkungskraft zu verlieren. Zum Verständnis der französischen Besorgnisse ist daran zu erinnern, daß Frankreichs Bemühungen im Rahmen des Völkerbundes immer wieder darauf gerichtet gewesen sind, den Sicherheitsgedanken unter dem Gesichtspunkte der Organisierung des Krieges gegen den Krieg zu verwirklichen, d. h. Bestimmungen auszuarbeiten, die, möglichst bis ins Detail, das Inwirkungtreten einer minutiös vorbereiteten Kriegsmaschine sichern. Wenn der Krieg als solcher und nicht etwa nur der Angriffskrieg in die Acht erklärt wird, befürchtet man französischerseits eine Abschwächung des Erfolges solcher Bemühungen. Trotzdem konnte natürlich die französische Regierung in ihrer Antwortnote vom 31. März nicht umhin, auf den amerikanischen Vorschlag, nunmehr die anderen Großmächte an den Verhandlungen zu beteiligen, einzugehen. Sie wies jedoch darauf hin, daß die Verantwortung für die weiteren Verhandlungen den Vereinigten Staaten zufalle. Außerdem formulierte sie nunmehr vier Bedingungen für Frankreichs Beteiligung an dem geplanten vielseitigen Kriegsächtungspakt. Die Bedingungen sind folgende: 1. Universalität des Paktes, und zwar nach der Maßgabe, daß alle Staaten, zwischen denen Konflikte sich ergeben könnten, an ihm sich beteiligen. 2. Wenn ein vertragschließender Staat gegen den Vertrag verstößt, sind alle übrigen ihrer Verpflichtungen aus dem Vertrag ledig. 3. Die legitime Verteidigung darf durch den Vertrag nicht behindert werden. 4. Der neue Vertrag muß die bisher im Rahmen des Völkerbundes abgeschlossenen Verträge unberührt lassen.

Am 13. April hat darauf die amerikanische Regierung der englischen, deutschen, italienischen und japanischen Regierung eine Anzahl von Schriftstücken überreichen lassen, und zwar eine Note, einen Vertragsentwurf und Abschrift des zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten stattgefundenen Notenwechsels. Die amerikanische Regierung sprach in der Note den Wunsch aus, mit Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Japan und Italien einen Pakt abzuschließen, durch den der Krieg als Institution geächtet würde und zu dem später alle anderen Staaten beitreten könnten. Der von der amerikanischen Regierung vorgelegte Vertragsentwurf hält sich im Wortlaut in seinen beiden wesentlichsten Artikeln eng an den ursprünglichen Vertragsentwurf Briands vom Juni 1927 und trägt den französischen Einwendungen in keiner Weise Rechnung. So ergab sich also aus dem ursprünglichen Versuch Frankreichs, mit Amerika in ein Sonderverhältnis durch Abschluß eines zweiseitigen Vertrags zu kommen, ein starker diplomatischer Gegensatz zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten, wobei die Vereinigten Staaten die Initiative Frankreich aus der Hand nahmen und die vier anderen Großmächte vor die Wahl stellten, zwischen dem französischen und dem amerikanischen Standpunkt zu wählen. Der französisch-amerikanische Gegensatz wurde noch dadurch betont, daß die französische Regierung am 21. April den Großmächten einen eigenen Entwurf für einen vielseitigen Kriegsächtungspakt überreichte, in den die ganzen französischen Vorbehalte hineingearbeitet waren. Die Idee der Kriegsächtung wurde dadurch derartig verklausuliert und mit Vorbehalten umgeben, daß von ihr nur noch sehr wenig übrig blieb.

Bisher hat nur die deutsche Regierung zu den von der amerikanischen und der französischen Regierung vorgelegten Paktentwürfen in einer Note vom 27. April d. J. Stellung genommen. Sie betont darin, daß die ursprüngliche Initiative Briands und der aus ihr hervorgegangene Vorschlag der amerikanischen Regierung den Grundsätzen der deutschen Politik vollkommen entsprächen, da Deutschland kein höheres Interesse habe, als die Möglichkeit kriegerischer Konflikte ausgeschaltet und im Leben der Völker eine Entwicklung gesichert zu sehen, die den friedlichen Ausgleich aller Gegensätze gewährleistet. Der Abschluß eines Vertrages, wie ihn die Vereinigten Staaten vorschlügen, sei diesen Zielen günstig. Einen Gegensatz zwischen dem Inhalt dieses Paktes und den internationalen Abmachungen, die sich

inhaltlich mit ihm berühren, sehe die deutsche Regierung nicht. Als internationale Abmachungen ähnlichen Charakters habe die deutsche Regierung nur die Völkerbundssatzung und den Rheinpakt von Locarno zu verzeichnen, mit denen ein Gegensatz nicht bestehe. Am Schluß ihrer Note äußerte die deutsche Regierung „die bestimmte Erwartung, daß das Zustandekommen eines Paktes von solcher Tragweite nicht verfehlen wird, alsbald seinen Einfluß auf die Gestaltung der internationalen Beziehungen geltend zu machen. So müßte diese neue Garantie für die Erhaltung des Friedens den Bemühungen um die Durchführung der allgemeinen Abrüstung einen wirksamen Impuls geben. Außerdem aber müßte der Verzicht auf den Krieg als notwendiges Gegenstück den Ausbau der Möglichkeiten fördern, vorhandene und entstehende Gegensätze der Völkerinteressen auf friedliche Weise zum Austrag zu bringen".

Die deutsche Regierung hat also zugunsten der amerikanischen These Stellung genommen. Bündnisse mit anderen Staaten hat Deutschland zum Unterschied von Frankreich nicht. Sowohl der Rheinpakt von Locarno wie der Völkerbundspakt haben das Ziel der Kriegsverhinderung. Der amerikanische Paktvorschlag dient denselben Zielen, also besteht zwischen ihm und dem Rheinpakt und Völkerbundspakt kein Gegensatz. Es ist weiter sonnenklar, daß niemand an der Achtung des Krieges ein größeres Interesse haben kann als das völlig entwaffnete Deutschland. Die am Schluß der deutschen Note ausgesprochene Erwartung, daß der Kriegsächtungspakt die Sicherheit erhöhe und damit die Abrüstung erleichtern würde, ist auch im französischen Sinne nur logisch. Denn wenn die Abrüstung von der Sicherheit abhängig gemacht wird, wie Frankreich das will, ist es selbstverständlich, daß eine Vermehrung der Sicherheit, wie sie ein vielseitiger und allen Nationen zugänglicher Kriegsächtungspakt darstellt, die Abrüstung wesentlich erleichtern muß.

Man muß nun abwarten, wie die anderen Mächte, Großbritannien, Japan und Italien Stellung nehmen werden. Nach längerem Schwanken scheint sich die englische Regierung entschlossen zu haben, sich eher für die amerikanische These als für die französische zu entscheiden. Über die Stellungnahme Japans und Italiens verlautet noch nichts.

Englands Budget der Industrieförderung.

Von Dr. Oscar Wingen.

Die nicht nur in England, sondern auch im Ausland mit berechtigtem Interesse erwartete Budgetrede des Finanzministers Churchill vom 24. April im Unterhaus ergibt folgende Übersicht über den englischen Reichshaushaltsvoranschlag für das neue Finanzjahr 1928/29:

Einnahmen		Ausgaben	
in Millionen Reichsmark			
Zölle	2 270,0	Schuldendienst	7 080,0
Verbrauchssteuer	2 779,0	Wegebau	430,0
Erbschaftssteuern	1 440,0	Zuweisungen an Gemeinden	284,0
Kraftfahrzeugsteuer	530,0	Heer	821,0
Stempelsteuern	560,0	Marine	1 146,0
Land-, Haus und Bergwerksabgaben	17,0	Luftflotte	330,0
Einkommensteuer	4 700,0	Zivilverwaltung insges.	4 476,0
Zuwachssteuer	1 200,0	darunter:	
Kriegsgewinnsteuer	20,0	Innere und Kolonialverwaltg. 156,7	
Körperschaftssteuer	30,0	Bildungswesen 989,9	
Steuereinkünfte insges.:	13 546,0	Soziale Fürsorge 1512,3	
Post, Telegraph, Telephon	1 310,0	Förderung der Wirtschaft 193,9	
Kronländereien	22,0	Militär- u. Zivilpensionen 1197,3	
Zinseinnahmen	553,0	Finanzverwaltung	235,4
Sonstige Einnahmen	814,2	Postverwaltung	1 146,2
		Sonstige Ausgaben	160,0
Gesamt:	16 245,2	Gesamt:	16 108,6
		Überschuß:	**136,6**

Rechnungsmäßig soll sich demnach ein geringer Überschuß in Höhe von 136,6 Millionen RM. ergeben. Das letzte Finanzjahr 1927/28 hat bei Einnahmen im Gesamtbetrage von 16,9 Milliarden RM. und Ausgaben von 16,8 Milliarden RM. einen Überschuß von rund 100 Millionen RM. erbracht. Gegenüber diesem Finanzjahr weist der Voranschlag 1928/29 auf der Ausgabenseite eine Verminderung um 700 Millionen RM. auf. Gleich seinem deutschen Kollegen muß also auch der englische Finanzminister mit einer erheblichen Dosis Optimismus versehen sein, wenn sein „hart am Abgrunde des Defizits" aufgemachtes Budget praktisch den Erwartungen entsprechen soll. Im letzten Finanzjahr haben die Erbschaftssteuern unvorhersehbare Mehrerträge gebracht, weshalb Churchill den Tod seinen „einzigen Freund" auf dem steilen Wege der Finanzverwaltung nennen konnte. Ebensowenig wie bei uns vermag der englische Finanzminister dem Steuerzahler eine unmittelbare Erleichterung seiner Bürde in Aussicht zu stellen. Bei der Einkommensteuer ist zwar eine Steuererleichterung für kinderreiche Familien vorgeschlagen, einige geringfügige Herabsetzungen innerer Abgaben werden erfolgen, ebenso kleine Zollreduktionen, denen aber auf der anderen Seite gewisse Erhöhungen und die Einführung eines neuen Zolles auf Knöpfe gegenüberstehen, so daß eine tatsächlich fühlbare Entlastung der Masse der Steuerzahler zunächst nur auf dem Wege weiterer Sparmaßnahmen (Beamtenabbau, Verwaltungsreform usw.) zu erreichen sein wird, denn die von Churchill angekündigte große Abbauaktion der Gemeindesteuern wird erst Ende 1929, also im übernächsten Finanzjahr, wirksam werden können. Der englische Finanzminister hat nämlich angekündigt — und darin liegt das Schwergewicht seiner Etatsrede —, daß er ein weitreichendes Reformprogramm der drückenden, vielfältigen und uneinheitlichen Gemeindebesteuerung in Aussicht genommen habe. Genau wie bei uns klagt auch in England die Wirtschaft, vor allem Industrie und Landwirtschaft, über die hohen Gemeindesteuern, die im letzten Finanzjahr rund 400 Millionen RM. ausmachten. Hier sollen mehrere Gesetze — Reichsbewertungsgesetz, Finanzausgleich — eine einheitliche Handhabung und einen fühlbaren Abbau der Gemeindesteuern zugunsten einer Entlastung der Wirtschaft bringen, die vor allem den alten Grundindustrien wie Kohle, Eisen, Stahl und Textilien die Produktion verbilligen, damit den Absatz im In- und Auslande erhöhen und so die immer noch große Arbeitslosigkeit beheben soll. Soweit nicht durch eine Reform der Gemeindeverwaltungen entsprechende Ersparnisse gemacht werden können, muß natürlich der Steuerausfall den Kommunen aus der Staatskasse ersetzt werden. Wie man sieht, zwingt auch in England der Gang der Entwicklung zu einer Stärkung der Zentralverwaltung gegenüber der kommunalen Selbstverwaltung, die finanziell immer abhängiger von ersterer wird. Da nun aber die Vorbereitung der zur Durchführung dieser Steuerreform erforderlichen, oben erwähnten Gesetze erhebliche Zeit in Anspruch nimmt, kann diese Steuerabbauaktion erst im Finanzjahr 1929/30 praktisch werden. Auf jeden Fall aber läßt dieser Plan den festen Willen auch der konservativen englischen Regierung erkennen, durch jede nur mögliche Lastenerleichterung den wirtschaftlichen Aufschwung des Landes zu fördern. Aus diesem Grunde hat man schon für das neue Churchill-Budget die Bezeichnung „The Producers' Budget" erfunden, d. h. das die Wirtschaft fördernde Budget im Gegensatz etwa zu dem „Volksbudget" Lloyd Georges vom Jahre 1909. Bemerkenswert ist im übrigen, daß anscheinend die Schutzzollpolitik in England zu einem gewissen Stillstand gekommen ist, denn wenn auch das neue Budget eine Erweiterung der bestehenden Schutzzölle durch den Knopfzoll vorsieht, so lagen doch wesentlich mehr Anträge auf Einführung neuer Schutzzölle seitens interessierter Industrien vor, die wenigstens im Augenblick keine Berücksichtigung gefunden haben.

Ein zweites Hauptmerkmal des Voranschlages 1928/29 bildet die Regelung des Schuldendienstes. Die gesamte Staatsschuld Englands bezifferte sich am 1. April d. J. auf rund 150 Milliarden RM., darunter 22 Milliarden RM. äußere Kriegsschulden an die Vereinigten Staaten. Für die Verzinsung und Tilgung dieser Schuld sollen jetzt nicht mehr wie bisher wechselnde Beträge in den jeweiligen Haushalt eingestellt werden, sondern es wird ein fester Betrag von jährlich etwas über 7 Milliarden RM. dafür bestimmt mit dem Ergebnis, daß rechnungsmäßig die Staatsschuld in etwa 50 Jahren getilgt wäre. Was die Tilgung und Verzinsung der auswärtigen Schuld Englands anlangt, so erfolgt diese aus den Eingängen an Daweszahlungen und französisch-italienischer Schuldenzahlung, was Churchill mit einem lobenden Hinweis auf den Dawesplan zu betonen nicht unterließ.

Drittens soll nach der Ankündigung Churchills eine wichtige Vereinheitlichung des englischen Geldwesens erfolgen dadurch, daß die zur Kriegsfinanzierung ausgegebenen Staatsgeldscheine an die Bank von England übergehen. Es wird zu prüfen sein, ob dann

England noch weiter bei der bisherigen starren Verfassung der Bank von England bleiben kann oder ob nicht vielmehr seinem Geld- und Kreditwesen eine größere Elastizität gegeben werden muß.

Als Gesamtergebnis des hier im großen Umriß besprochenen Budgets, das noch der parlamentarischen Durchberatung unterliegt, die aber an den Hauptgedanken nichts ändern dürfte, kann man wohl aussprechen, daß zwar Englands Finanzlast eine respektable und weite Kreise der Bevölkerung zweifellos drückende Höhe erreicht hat. Nach Berücksichtigung aller Momente der englischen Wirtschaftskraft — Auslandskapitalien, Kolonien, weit geringere Schädigung des Volksvermögens durch Geldentwertung, der größte Teil der Staatsschuld ist innere Schuld, Zinsen und Tilgungsbeträge fließen demnach in den Kreislauf der heimischen Wirtschaft zurück — bei einem vorsichtig geschätzten Nationaleinkommen von 80 bis 90 Milliarden RM. jährlich reicht die englische Finanzbelastung aber dennoch nicht an den Druck der deutschen heran!

Die Belastung der Volkswirtschaft durch die öffentliche Hand.

Von Oberregierungsrat Dr. Richard Lenz, Mitglied des Statistischen Reichsamts.

Bei den Auseinandersetzungen zwischen Wirtschaft und Staat spielt die Klage, daß die Belastung der Wirtschaft durch die öffentliche Hand die Grenzen des Tragbaren erreicht, wenn nicht überschritten habe, eine große Rolle.

Um diese Belastung zahlenmäßig zu belegen, geht man in der Regel von den Steuern aus, zieht alle Steuern und Zölle in Reich, Ländern und Gemeinden (Gemeindeverbänden) zusammen und nimmt ferner die Daweslasten mit hinzu. Dann folgen die großen Sozialausgaben. Man sieht sich zunächst das Gebiet der Sozialversicherung an, zählt den Aufwand der einzelnen Sozialversicherungen, der Invaliden-, der Kranken-, der Angestelltenversicherung usw., zusammen und kommt weiter zu den Aufwendungen für Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenfürsorge. Rechnet man schließlich die auf Grund solcher Berechnungsmethode für ein Jahr gewonnenen Zahlen auf, dann kommt man zu einer recht stattlichen Milliardenziffer, die auf den ersten Blick einwandfrei erscheint.

Bei näherer Prüfung zeigt sich jedoch, daß auf dem bisher geschilderten Wege der scheinbar einfachen Zusammenzählung viele Klippen liegen, die leicht zu Fehlern führen können. Bei den Steuern ist zunächst darauf zu achten, daß bei dem herrschenden Steuerüberweisungssystem mehrere Steuern gleicher Art zugleich in den Etats von Reich, Ländern und Gemeinden erscheinen. Zu diesen Überweisungssteuern gehören aber gerade die ertragreichsten Steuern, die Einkommen-, Umsatz- und Hauszinssteuern, so daß etwaige Doppelzählungen ganz besonders stark ins Gewicht fallen.

Ebenso darf man nicht, wie dies öfter vorgekommen ist, die gesamte Last aus dem Dawesabkommen noch zu den Steuern als Last hinzurechnen, denn tatsächlich ist ein großer Teil dieser Last bereits aus den Steuern gedeckt. Man kann deshalb nur noch die Leistungen aus der Erfüllung des Londoner Abkommens in Anrechnung bringen, die aus dem Schuldverschreibungsdienst der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft und aus dem Dienste der Industrieobligationen stammen. Aber auch diese Summe (für das Rechnungsjahr 1926/27 insgesamt 759,7 Millionen RM.) läuft durch die Haushaltsrechnung des Reichs, so daß auch für sie die Gefahr der Doppelzählung besteht.

Bei der Sozialversicherung ist ebenfalls darauf zu achten, daß nicht der Aufwand berücksichtigt wird, der aus Reichsmitteln fließt, also auch schon durch Steuern gedeckt ist. Im Jahre 1926 war dies ein Betrag von 248 Millionen RM. (darunter 184,5 Millionen RM. Reichszuschuß für die Invalidenversicherung).

Noch schwieriger wird die Sache aber bei den Aufwendungen für die Arbeitslosenfürsorge, der Arbeitslosen- und Kurzarbeiterunterstützung. Hier finden sich Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die zweifellos neben den Steuern besonders aufzuführen sind. Außerdem gibt es aber auch noch bedeutende Beträge aus Beihilfen des Reichs und der Länder sowie aus Leistungen der Gemeinden. Im Jahre 1926 verteilt sich die Aufbringung der Mittel für diese Zweige der Arbeitslosenfürsorge wie folgt:

Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer . .	523,6	Mill. RM.
Leistungen der Gemeinden	148,4	„ „
Beihilfe des Reichs	258,3	„ „
Beihilfe der Länder	243,0	„ „
Sonstiges (z. B. Rückeinnahmen aus Darlehen) .	6,5	„ „
	1 179,8	Mill. RM.

Hiervon dürfen also nur die 523,6 Millionen RM. Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei Berechnung der Soziallast noch neben den Steuern in Anrechnung gebracht werden.

Den Aufwand der Krisenunterstützung tragen zu vier Fünfteln das Reich, zu einem Fünftel die örtlich zuständigen Gemeinden. Diese Aufwendungen sind also gleichfalls nicht mehr zu berücksichtigen. Dasselbe gilt auch von der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge, die Reich und Länder zu etwa gleichen Teilen ganz auf sich zu nehmen haben.

* * *

Nehmen wir an, alle diese Zahlen seien methodisch richtig aufgerechnet worden. Können sie dann wirklich schlechthin als die Belastung der Wirtschaft durch die öffentliche Hand ausgegeben werden? Was wir hier vor uns sehen, sind zunächst Einnahmen der öffentlichen Hand, die in der Gesamtzahl nicht erkennen lassen, woher sie im einzelnen kommen, noch welchen Zwecken sie dienen. Es sind Steuern und Zölle, die unterschiedslos zusammengezählt sind, gleichgültig, ob sie aus Einkommen oder Vermögen, aus Grundbesitz oder Gewerbebetrieb, aus Umsatz, Verbrauch usw. stammen; gleichgültig auch, ob und wie sie die Wirtschaft im engeren Sinne treffen, den Gewerbetreibenden, den Industriellen, den Kaufmann usw. oder das Heer der Arbeitnehmer und Festbesoldeten durch Lohnabzug. Eine sorgfältige Belastungsberechnung hätte sonach hier einzusetzen und müßte feststellen, was an Steuern und Zöllen die verschiedenen Wirtschaftskreise zu tragen haben. Restlos wird sich das aber schwerlich verwirklichen lassen, weil die Steuerstatistik in ihrem gegenwärtigen Stande, besonders bei Ländern und Gemeinden, dazu nicht hinreicht. Abgesehen davon sind aber auch den besten steuerstatistischen Feststellungen Grenzen gesetzt bei derartigen Belastungsfeststellungen, die immer wieder durch die in der Praxis sich stark auswirkenden Steuerüberweisungen durchkreuzt werden.

Bei den Sozialausgaben, die nicht aus Steuern gedeckt werden, lassen sich die wirklich mit Abgaben belasteten Wirtschaftskreise vergleichsweise leichter feststellen, soweit die Summen, die von den Arbeitgebern einerseits und den Arbeitnehmern andererseits aufgebracht werden, getrennt vorliegen. Bei den Dawestributen schälen sich als unmittelbare Belastung der Industrie die aus dem Dienste der Industrieobligationen zu zahlenden Beträge heraus. Bei der Reparationslast der Reichseisenbahngesellschaft läßt sich aber wieder schwer feststellen, in welchem Maße die einzelnen Wirtschaftskreise hieran mitzutragen haben.

Es ist sonach zusammenfassend festzustellen, daß die als Belastung durch die öffentliche Hand bezeichneten Summen schlechtweg aus der gesamten Volkswirtschaft herausgeholt werden; daß jeder einzelne, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, an ihrer Aufbringung mitzutragen hat. Der Unterschied liegt lediglich in der verschiedenen Art der Steuern und in der damit zusammenhängenden verschiedenartigen Wirkung, die sie auf die einzelnen wirtschaftenden Kreise ausüben. Dabei kann natürlich die Steuer für den einzelnen oder für einzelne Wirtschaftszweige als Last angesprochen werden. Diese stärkere Belastung auf der einen Seite bedeutet dann aber — immer auf die gesamte Volkswirtschaft bezogen — eine Entlastung auf der anderen Seite, wenn man die Abgaben an die öffentliche Hand überhaupt als notwendig anerkennt.

* * *

Über die Notwendigkeit der Steuern und Abgaben dürfte im allgemeinen kein Zweifel bestehen, denn die Staatsaufgaben und die damit verbundenen Staatsausgaben sind ja nicht Selbstzweck. Sie dienen letzten Endes wieder der gesamten Volkswirtschaft, ja sie schaffen überhaupt erst die Vorbedingungen für nutzbringende wirtschaftliche Betätigung. Man dürfte sonach den gesamten Teil der öffentlichen Abgaben, der für die Erfüllung des Staatszweckes und somit auch für die gesamte Volkswirtschaft als notwendig angesehen wird, überhaupt nicht als Belastung bezeichnen. Die ganze Frage der Belastung würde sonach auf eine Prüfung der zweckmäßigen Verwendung der öffentlichen Mittel hinauslaufen.

Sieht man sich unter dem Gesichtswinkel der Verwendung die Staatsausgaben näher an, so zeigt sich (nach dem für das Rechnungsjahr 1925/26 vorliegenden amtlichen Material), daß von dem gesamten im wesentlichen durch Steuermittel gedeckten Bedarf der öffentlichen Hand für Reich, Länder und Gemeinden in Höhe von 10,9 Milliarden RM. rd. 2,7 auf die Kriegslasten (innere und äußere) entfallen. Ungefähr ein Viertel der Gesamtausgaben dient sonach der Liquidation des verlorenen Krieges und kann sowohl mit vollem Recht als Vorbelastung der deutschen Wirtschaft im Vergleich mit anderen Ländern angesehen werden. Den zweiten großen Posten bilden die Ausgaben für das Wohlfahrtswesen mit 2,8 Milliarden. Es wird oft behauptet, daß auf dem Gebiete der Fürsorge, des Gesundheitswesens, des Wohnungswesens usw. zuviel geschähe. Ob das richtig ist, braucht hier nicht näher geprüft zu werden. Im Kern wird man diesen Aufwendungen — unbeschadet einiger möglicher Ersparnisse — die Not-

wendigkeit nicht absprechen können, und deshalb dürfen sie ganz summarisch auch nicht als Belastung bezeichnet werden. Wäre die soziale Fürsorge nicht derart ausgebaut in Deutschland, dann müßten die Löhne höher sein, um die arbeitende Bevölkerung in den Stand zu setzen, für Alter und Krankheit, für Zeiten der Arbeitslosigkeit usw. Mittel aufzusparen. Über die rd. 2 Milliarden RM., die das Bildungswesen, zur Hälfte die Volksschule, erfordert, wird kaum ein Wort zu verlieren sein. Ebenso steht es mit den Ausgaben für die Staats- und Rechtssicherheit (Wehrmacht, Polizei und Rechtspflege), die rd. 1,5 Milliarden RM. erfordern. Und in noch verstärktem Maße gilt dies von den Aufwendungen für Wirtschaft und Verkehr von rd. 1 Milliarde, die der Wirtschaft mittelbar zugute kommen. Hierzu muß man auch mehrere 100 Millionen rechnen, die als Darlehen aus öffentlichen Mitteln gegeben worden sind, wie auch Ausgaben für Verzinsung und Tilgung von Schulden, die in die Wirtschaft fließen. Es bleibt dann rd. 1 Milliarde übrig für die eigentliche Verwaltung (oberste Staatsorgane, innere Verwaltung und Finanzverwaltung), also für die eigentlichen Verwaltungs- und Betriebsunkosten.

* * *

Von der Ausgabenseite gesehen, nimmt sich sonach das Bild von der Belastung durch die öffentliche Hand wieder anders aus. Man kann hier von einer tatsächlichen Belastung der Volkswirtschaft eigentlich nur bei den Kriegslasten sprechen, soweit diese Summen ins Ausland gehen, ohne daß das Inland irgendwelche wirtschaftlichen Vorteile daraus zieht. Die Sozialausgaben kann man aber nicht in gleicher Weise als Last bezeichnen, da sie der wirtschaftenden Bevölkerung des Inlandes wieder zugute kommen. Wenn man die Volkswirtschaft als Ganzes betrachtet, findet hier nur eine Kaufkraftverschiebung statt. Das gleiche gilt aber auch für den größten Teil der Steuern. Steuern sollte man deswegen vom Standpunkt der gesamten Volkswirtschaft aus nicht schlechtweg als Belastung ansprechen, sondern erst die Verwendung der Steuern im einzelnen einer eingehenden Untersuchung unterziehen.

Wieweit sich nun hier und dort bei den einzelnen öffentlichen Ausgaben Einsparungen erzielen lassen, und ob insbesondere der Verwaltungsapparat nicht zu verschwenderisch aufgezogen ist — auf diese Fragen läßt sich vorerst noch keine endgültige Antwort erteilen. Man sollte ruhig abwarten, bis die groß angelegte vergleichende Finanzstatistik, die zum ersten Male einen Überblick über die gesamte öffentliche Verwaltung in Reich, Ländern und Gemeinden vermitteln und ihre Einnahme- und Ausgabewirtschaft aufhellen soll, mit ihren Ergebnissen vorliegt. Erst auf dieser Grundlage werden sich weitere Untersuchungen ermöglichen lassen, um Licht in das Dunkel der Beziehungen zu bringen, die zwischen Wirtschaft und öffentlichet Hand in finanzieller Hinsicht bestehen.

Die Pressa in Köln.

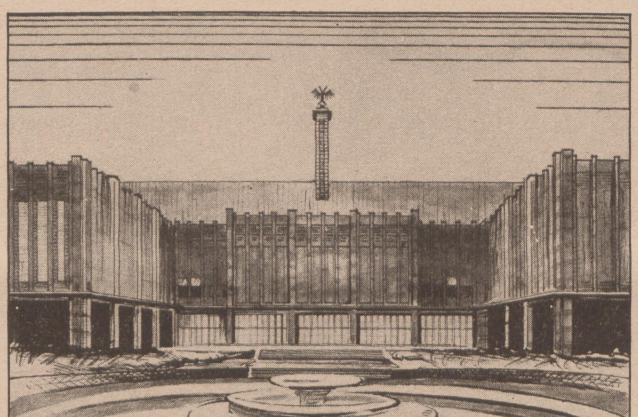
Von Georg Beyer.

Die Weltschau der Presse am Rhein.

Die Internationale Presseausstellung in Köln, kurz „Pressa" genannt, wurde soeben eröffnet. Auf dem rechten Ufer des Rheinstromes, in einer Stromfront von mehr als fünf Kilometern Länge, erheben sich die zahlreichen Gebäude und Hallen, in denen der Gedanke dieser Ausstellung Gestalt gewann. Die Stadt Köln hat mit gewaltigen materiellen Mitteln und Organisationskräften ihr letztes aufgeboten, um fünf Monate hindurch — die Pressa wird vom 12. Mai bis 15. Oktober geöffnet sein — Gäste aus der ganzen Welt zu empfangen.

Die Idee.

Man kann nicht behaupten, daß die Grundidee der Pressa starke volkstümliche Anziehungskraft besitzt. Denkt man doch zunächst in Verbindung mit dem Begriff der Presse an gedrucktes Papier, von dem es schon in des Knaben Wunderhorn heißt: „Papiers Natur ist Rauschen, und rauschen kann es viel." In der Tat: eine Ausstellung, die nur Belege und Dokumente zeigen wollte, Schriften und Bilder aus Archiven und Magazinen, hätte keinen Sinn und keinen Anspruch, im Zeichen einer Weltausstellung besondere Aufmerksamkeit für sich zu fordern. Man ist auch ein wenig ausstellungsmüde in Deutschland, und es wird schwerer und schwerer, Massen durch Tabellen und Statistiken, durch Modelle und Maschinen zu fesseln. Dies aber wußten die Vorkämpfer der Pressa. Darum legten sie nicht so sehr Gewicht auf Material und technische Entwicklung, sondern vor allem auf den Gesamtinhalt aller menschlichen Beziehungen, die sich durch Sprache und Schrift, durch Nachricht und Publikation Wirkung im stürmischen Wellengang des menschlichen Fortschrittes zu verschaffen wußten. Die Pressa will also die soziale und kulturelle Verknüpfung und Verästelung menschlicher Beziehungen zeigen, die sich im gedruckten und verbreiteten Wort widerspiegeln. In ihrem Werdegang wie in ihrer modernen Ausgestaltung sollen Presse und Schrifttum in ihrer Verbundenheit mit Kultur, Wirtschaft und Technik ein wesentliches Stück menschlicher Geschichte und unseres heutigen Lebens in wirkliche Anschauung verwandeln.



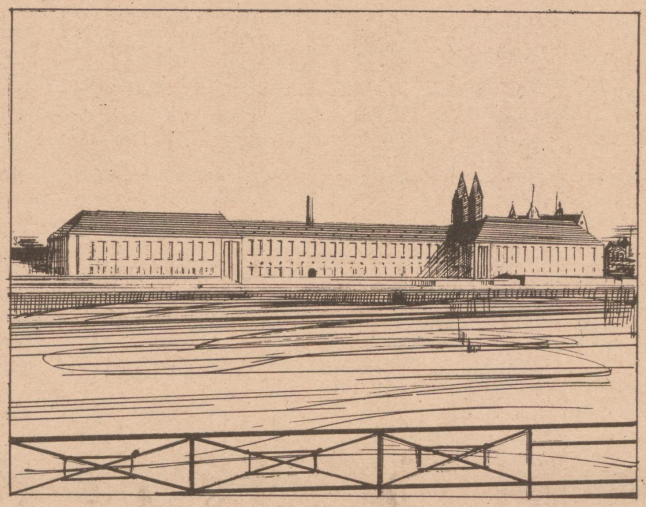
Was bringt die Ausstellung?

Diese Gedanken werden durch die Pressa mit größter Weiträumigkeit und Vielseitigkeit verwirklicht. Dabei bedient sie sich aller Hilfsmittel der modernen Ausstellungstechnik, die Licht, Farbe und Bewegung, Architektur und Plastik in ihren Dienst stellt. In kluger Gliederung sucht sie den Besucher von dem, was war, hinzulenken zu dem, was ist.

Von selber ergab sich der Beginn mit einer kulturhistorischen Abteilung. Hier wird das Nachrichtenwesen zweier Jahrtausende in anschaulichen Bildern, figürlichen und plastischen Szenen dargestellt. Die Trommel-, Licht- und Rauchsignale aus verklungenen Tagen, die gesungenen und geschriebenen Zeitungen führen bis zum Nachrichtenwesen unserer Zeit, wobei sich vor allem verdeutlicht, wie gewaltig sich die Zeit zwischen dem Ereignis und seiner Verbreitung verkürzt hat. Ein repräsentativer Spiegelsaal gibt symbolisch der Bedeutung der Presse als Spiegel alles Zeitgeschehens Ausdruck. Sechs Meter hohe, auf Glas komponierte Gemälde verdeutlichen die wichtigsten Ereignisse aus der Geschichte des Pressewesens und der Entwicklung der Nachrichtentechnik vom Mittelalter bis zur neuen Zeit. Daneben gibt es eine Fülle von interessanten Beispielen der Entwicklung von Stufe zu Stufe, von jener Zeit an, in der das Volks- und Landknechtslied die einzigen „Zeitungen" darstellte. Man sieht alte Bänkelsänger- und Jahrmarktslieder in handgeschriebenen Pergamenten, ersten Drucken. Ein besonderer Raum ist dem Lied der „gesungenen Zeitung" gewidmet. Die ersten politischen Volkslieder, die meist zu kriegerischen Ereignissen Partei ergriffen, werden gezeigt. Unter den Bänkelsängern gab es bereits Parteiführer, Demagogen und gestaltende Künstler, die an den Tischen der Fürsten und Herren, in den Backstuben, Schänken und Herbergen saßen und mit ihren Liedern Herzen und Seelen gewannen.

Daran schließt sich die Ausstellung des modernen Pressewesens. Hier wird die Reihe fortgesetzt bis zur Zeitung unserer Gegenwart, im Tempo der Technik, im rasenden Lauf des Drahts und Funks, mitten im Getriebe der Technisierung und Rationalisierung des gesamten Lebens. Eine besondere Abteilung der Tagespresse versucht das komplizierte Vielerlei von Redaktion, Verlag, Nachrichtenwesen und technischen Betrieben, also den Aufbau und die Organisation eines modernen Zeitungs- und Nachrichtenbetriebes, sichtbar zu machen. Hier war wohl die schwierigste Aufgabe dieser Ausstellung zu lösen. Denn es handelte sich hier nicht nur um Technik und Organisation, sondern um Verkörperung eines unendlich verzweigten Schaffensgeistes, der sich vielfach dem Blick der Öffentlichkeit entzieht. Das Hirn der Zeitung, also ihren geistigen Werbeprozeß, bloßzulegen, ist eine

überaus problematische Aufgabe, die die klügste ausstellungstechnische Lösungsidee nicht erfüllen kann. Immerhin macht der Versuch, das Nervensystem eines modernen Redaktionsbetriebs zu verdeutlichen, den ewig rotierenden Reproduktionsprozeß in Verbindung mit der Nachricht und der sozialen, politischen und kulturellen Willensbeeinflussung deutlich. Die Ausstellungsleitung hatte zuerst die Absicht, das Wesen einer Redaktion durch eine dramatische Szenenfolge, etwa in Gestalt eines täglich mehrmals spielenden „Sketchs", auf einer besonderen Bühne zu demonstrieren. Sie veröffentlichte ein Preisausschreiben, aber die Erwartungen wurden nicht erfüllt. Unter den eingelaufenen 80 Arbeiten war nicht eine einzige, die das Wesentliche, den geistigen Bewegungsvorgang einer schöpferischen Journalistik, den Zuschauern zu deuten vermochte.



Nachricht und Verkehr sind Lebenselemente des modernen Pressewesens. Man sieht die Ausstellungen des großen Nachrichtenbüros, der Reichsbahn und der Reichspost mit vielen in Betrieb gesetzten Modellen und Apparaten. Kabeltelegraphie, drahtlose Telephonie und Bildübertragung, den gesamten Weltnachrichtendienst, das Korrespondenzwesen sind in letzter technischer Vollendung vertreten. Der Verlag, das Anzeigenwesen mit dem „werbewirksamen Inserat", Statistik und Wissenschaft veranschaulichen mit Hilfe vieler plastischer Modelle die Beziehung der Zeitung zum gesamten Gegenwartsleben.

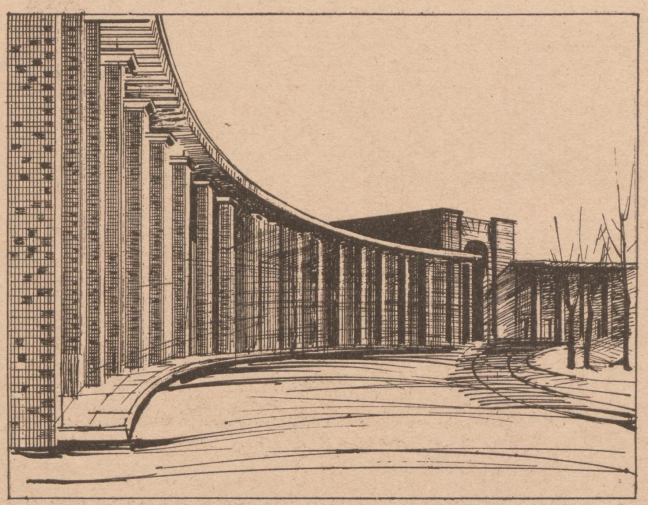
Dazu kommen die zahlreichen Sonderabteilungen. Die Satz- und Rotationsmaschinen brausen mit ihren immer riesenhafter und komplizierter werdenden helfenden Eisenarmen durch die Hallen. Kollektionsausstellungen der Kreisvereine des Vereins deutscher Zeitungsverleger fassen die deutschen Zeitungen in landsmannschaftlichen Gruppen zusammen. Die wichtigsten deutschen Zeitungsverlage mit größter organisatorischer und technischer Entfaltung erscheinen in Sonderausstellungen, teilweise in eigenen Gebäuden, auf dem weiten Freigelände der Ausstellung. Die Zeitschriftenschau umfaßt das gesamte Gegenwartsein, im Bilde von Wissenschaft, Kunst und Musik, Politik, Pädagogik und Jugendbewegung, Wirtschaft, Technik, Witz und Karikatur und der unendlich zahlreichen Fachgebiete. Von besonderer Bedeutung ist ferner eine Abteilung Buchgewerbe und Graphik, die nach dem Muster der „Bugra" von Leipzig gegliedert und der Arbeit der Druckpresse im weitesten Sinne gewidmet ist. Ein großer Lesesaal gibt eine genaue Nachbildung des Lesesaals der deutschen Bücherei in Leipzig. Es fehlt nicht eine große Sonderausstellung der Rohstoffe der Presse, des Papiers. Von der „Urproduktion" bis zum verfeinerten „Fertigfabrikat" gewinnt der Besucher eine Übersicht über den Weg des „laufenden Bandes", das unaufhörlich und unermüdlich der menschlichen Vielfalt dient.

Reichsregierung — Preußen — Weltanschauungen.

Starke Aufmerksamkeit werden die zahlreichen Sonderausstellungen politischer und weltanschaulicher Gruppen auf sich lenken. Hier gelangen die Einflußsphären von Gesinnungen, die im Schrifttum ein Ausdrucks- und Werbemittel von starker Bedeutung erkannten, zu umfassender Darstellung in besonderen Gebäuden. Es gibt eine große Schau des katholischen, des evangelischen, des jüdischen Pressewesens, deren Helfer Kunst- und Kunstgewerbe sind. Auf dem Freigelände der Ausstellung steht auch ein großes „Haus der Arbeiterpresse", das die Ausstellung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Presse der sozialdemokratischen Partei mit Leseräumen und Vortragssälen birgt. Dann kommt die Ausstellung der Reichsregierung, der preußischen Regierung, die Schau der Länder und zahlreichen großen Städte. Hier erblickt man eine Fülle von geschichtlich bedeutsamen Dokumenten und repräsentativer Urkunden, die wichtige politische Bewegungen und Umgestaltungen symbolisieren. Sehr lang ist die Reihe der Sonderausstellungen: „Presse und Zensur", „Presse und Kunst", „Die Karikatur in der Presse", „Akademiker und Presse", „Europäische Buchkunst der Gegenwart". Die kulturhistorische Abteilung der Ausstellung der Reichsregierung ist vom Reichsarchiv übernommen worden, das damit zum ersten Male außerhalb seiner Potsdamer Heimat in Erscheinung tritt. Seine Urkundensammlung gibt im wesentlichen einen Überblick über die deutsche Geschichte von 1848 an bis zur Gegenwart, zeigt Maueranschläge, Flugblätter, Karikaturen, Feldzeitungen aus dem Weltkrieg und die großen wissenschaftlichen Veröffentlichungen über den Krieg. Von der Geschichte des Reichs und der Entwicklung des Einheitsgedankens zeugen unter anderem die Wiener Bundesakte des Jahres 1815, die Verfassungsdokumente von 1848/49, die Zeit des Norddeutschen Bundes und des Kaiserreiches bis zur Weimarer Verfassungsurkunde vom August 1919. Daran schließen sich alle wichtigen Staatsgesetze der deutschen Republik in den Originalfassungen. Interessant ist auch ein Überblick über die Pressegesetzgebung, darunter das Pressegesetz von 1874, das Jesuitengesetz von 1872, das Sozialistengesetz von 1878 und endlich das Schmutz- und Schundgesetz von 1926. Neben dem Reichsarchiv haben auch das Bundesarchiv und das Archiv der Paulskirche wertvolles Material geliefert.

Die Ausstellung der Reichsregierung zeigt unter anderm wertvolle Dokumente aus der deutschen Verfassungsgeschichte, wofür die Originale der Verfassungsurkunden zur Verfügung gestellt wurden. Bildliche und plastische Darstellungen führen die Besucher an die historischen Stätten; weitere interessante Abteilungen bieten die Ausstellungen des Heimatdienstes und der Reichsdruckerei.

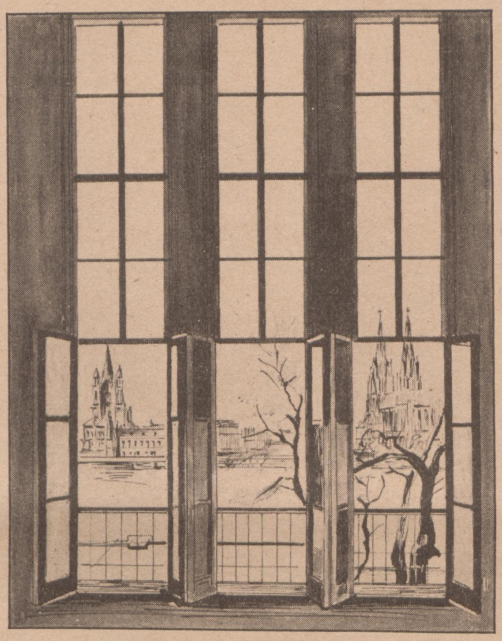
Preußen macht die Beziehungen des Staats zur Presse in ihrer Entwicklung, ihren Wandlungen und dem heutigen Stand anschaulich. Die Zeit des 18. Jahrhunderts mit den amtlichen Intelligenzblättern, das 19. Jahrhundert, das die Entwicklung der politischen Presse und die immer schärfere Handhabung der Zensur zeigt, die Zeit Bismarcks und seinen Einfluß auf die Presse werden an typischen Beispielen gekennzeichnet, belegt mit Originaldokumenten aus den staatlichen Archiven. Der neuzeitliche Teil der preußischen Ausstellung bekundet dann die Formen amtlicher Zusammenarbeit zwischen Presse und Staat, wobei sich die einzelnen Ministerien in Sonderausstellungen beteiligen.



Die Internationalität der Presse.

Diese Vielseitigkeit ist jedoch nicht das Charakteristikum der Presse. Sie will sich vor allem durch ihre Internationalität rechtfertigen. Man ist zu Beginn der Vorbereitungen recht skeptisch gewesen, ob es gelingen würde, eine internationale Ausstellung, die erste in Deutschland nach dem Kriege, zustande zu bringen. Diese Zweifel sind nun verscheucht. Fast alle europäischen Länder beteiligen sich und haben besondere Regierungskommissare ernannt: Österreich, Belgien, Frankreich, Polen, Portugal, Schweden, Schweiz, Türkei, Ungarn, Estland, Norwegen, England, Holland, Spanien (mit den südamerikanischen Staaten). Aus

den Vereinigten Staaten von Nordamerika kommen die großen Verlegerorganisationen mit den wichtigsten Zeitungen unter Führung der „New York Times" in Verbindung mit der amerikanischen Zeitungsmaschinenindustrie. Sowjetrußland entfaltet sich in einer eigenen Ausstellung mit seinem ganzen zeitungspropagandistischen Apparat. In Verbindung mit dem Institut für geistige Zusammenarbeit in Paris errichtet der Völkerbund eine Sonderabteilung. Eine japanische und eine chinesische Schau vollenden das Bild des internationalen Pressewesens, das die Besucher von weither anziehen wird. Mehr als dreihundert Kongresse werden in den Monaten der Pressa in Köln stattfinden.



Ausstellungs-Architektur.

Die großen Ausstellungsgebäude, die insgesamt mehr als 500 000 Quadratmeter Ausstellungsfläche umfassen, sind vollendet. Es sind Bauwerke von kühnem, architektonischem Schwung, die der städtische Baudirektor Abel gestaltet hat. Die Ausstellung beginnt unmittelbar gegenüber dem alten Stadtkern, auf der Deutzer Seite am Kopf der Hängebrücke.

Hier hat man die alte Kürassierkaserne, einen Monumentalbau, der später das Rheinische Museum aufnehmen soll, vollkommen umgestaltet. Er birgt die kulturhistorische Schau der Pressa, und von hier aus hat man einen wundervollen Blick auf das alte Köln. Dann führt der Weg unmittelbar am Strom entlang unter der Rampe der Dombrücke zu den umgebauten Messe- und Ausstellungshallen, denen Baudirektor Abel einen neuen Mantel mit starken Vertikalen gegeben hat. Das wuchtige Hallengeviert wird hoch überragt von dem 85 Meter hohen Presseturm, dem Wahrzeichen des neuen Köln. Von besonders eindrucksvoller Wirkung ist der mächtige Halbkreisbau des Staatenhauses mit seinem von hohen Pfeilern getragenen Rundgang, dem hohen Mittelportal und den fächerförmigen Flügelbauten, — ein sehr repräsentatives Heim der ausländischen Staaten. Auf dem weiten Freigelände, das von großen parkartig angelegten Grünflächen bis zum Rhein hinunter umrandet ist, stehen die vielen Bauten der großen Verlage, der Sondergruppen, der Kirchenbau der evangelischen Presse, das in strengster Sachlichkeit gestaltete Haus der sozialistischen und gewerkschaftlichen Presse, mit einem 25 Meter hohen, wie ein Finger emporgereckten Turm.

Am Rhein liegt das terrassenartig angelegte Rheinrestaurant. Eine Landstraße führt zum „Internationalen Weindorf" und zum Vergnügungspark, mit all dem üblichen Beiwerk, das heute keine Ausstellung entbehren mag, um den Strom der Vergnügungssüchtigen für sich zu gewinnen.

*

Nun sind die Hallen von brausenden Maschinen, von den Tritten lernlustiger und schaufreudiger Menschen durchtobt. Besitztümer der Vergangenheit und der Gegenwart, die bisher vorwiegend im Reiche des Papiers lebten und Ideen, Bindungen und Willenselemente unter Menschen zur Wirksamkeit brachten, stehen im Mittelpunkt dieser Ausstellung, deren Einzigartigkeit und Einmaligkeit stärkste Aufmerksamkeit weit über Deutschlands Grenzen hinaus erzwingen wird.

Keine Wohnungen — keine Kinder!

Von Dr. Marie-Elisabeth Lüders, M. d. R.

Bei der diesjährigen Beratung des Haushaltsplanes wurden von verschiedenen Parteien Anträge eingebracht, die unter Hinweis auf die zu beobachtenden ernsten Erscheinungen in der Entwicklung der deutschen Bevölkerungsbewegung die Regierung auffordern, Maßnahmen gegen den zunehmenden Geburtenrückgang zu ergreifen. — Ähnliche Aufforderungen sind schon vor dem Kriege wiederholt aus parlamentarischen Kreisen ergangen. Bereits damals wurde von anderen Seiten mit allem Nachdruck auf den ursächlichen Zusammenhang zwischen Bevölkerungsbewegung und Wohnungswesen, insbesondere zwischen Geburtenrückgang und Wohnungsnot hingewiesen. Leider so gut wie völlig vergebens, denn trotz aller Warnungen, die nicht etwa von Theoretikern, sondern aus den Reihen derjenigen kommen, die genauesten Einblick in die Wohn- und Lebensweise der breiten Massen durch die soziale Arbeit — z. B. in Ausübung der Wohnungspflege — hatten, blieb alles beim alten: Millionen Familien lebten luft- und lichtlos auf engstem Raum zusammengequetscht, fehlende Geschlechtertrennung und Schlafgängertum waren — jedenfalls in Großstädten — der übliche Zustand. — Diese an sich schon vor dem Kriege hygienisch, sittlich und staatspolitisch mehr als bedenklichen Verhältnisse nahmen durch die wirtschaftlichen Nöte der Kriegs- und Nachkriegszeit katastrophale Dimensionen an, und niemand, der diese Zustände kennt, kann einen Augenblick an ihrer ursächlichen Wirkung auf Familiengründung und Geburtenziffer zweifeln. Deshalb sind die Ergebnisse der Wohnungszählung vom 16. Mai 1927 für jeden, der irgendwie mitverantwortlich ist für die Zukunft seines Landes, dringendster Beachtung wert. — Die jetzt vom Statistischen Reichsamt zur Wohnungszählung veröffentlichten Zahlen sprechen eine nur zu beredte Sprache! Sie geben ein erschreckendes Bild von dem Umfang der in Deutschland herrschenden Wohnungsnot allein schon der Zahl nach, ein noch viel erschreckenderes Bild ihrem sozialen und nationalen Inhalt nach für jeden, der an dem Ablauf des täglichen Lebens aus den Ziffern der Kriminalität, der Verwahrlosung, der Trunksucht, der wilden Ehen, des Geburtenrückganges, der Volksseuchen usw. zu lesen gelernt hat.

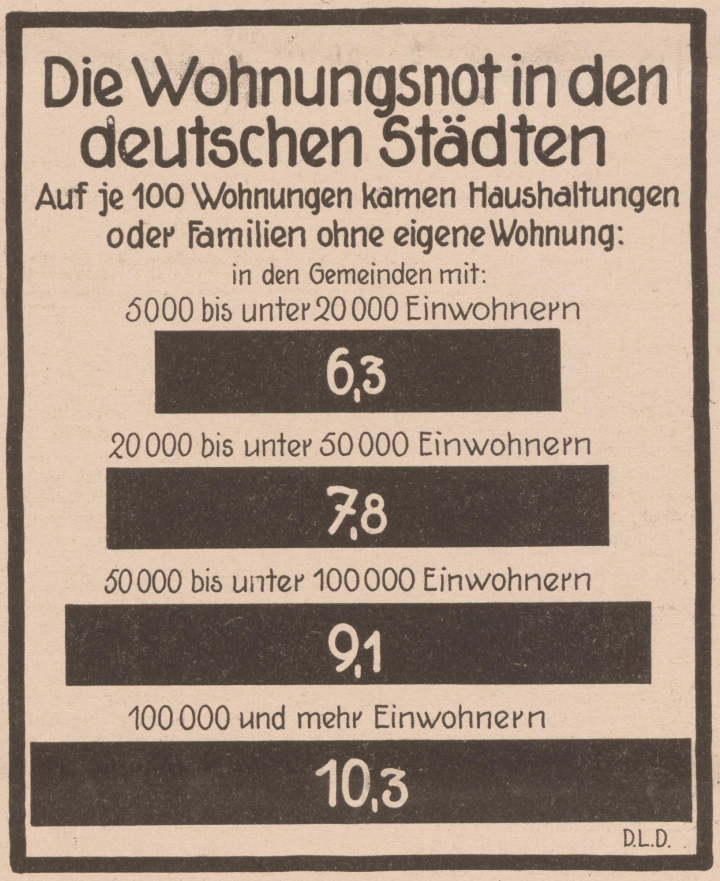
Und doch zeigen die bisher veröffentlichten Zusammenstellungen noch nicht einmal die ganze Größe des tatsächlich vorhandenen Elends, da von der Zählung die Wohnungsverhältnisse von nur etwa der Hälfte der Bevölkerung (42,8 Millionen) vollständig erfaßt worden sind, aber die Gemeinden mit einer Bevölkerung zwischen zwei- und fünftausend Einwohnern nicht vollständig, die mit noch geringerer Einwohnerzahl nur in einzelnen Fällen registriert worden sind. Für diese insgesamt 68,8 v. H. der Gesamtbevölkerung ergab sich, daß in den vorhandenen Wohnungen 660 000 zweite und weitere Haushaltungen, 243 000 weitere Familien, also 903 000 weitere Haushaltungen und Familien außer der in der Wohnung wohnenden ersten Haushaltung leben. Rechnet man dazu, daß in den nicht von der Statistik erfaßten Gemeinden außerdem noch etwa 100 000 Familien mit einer andern Haushaltung zusammen untergebracht sind, so ergibt sich, daß in Deutschland sicher eine Million Haushaltungen und Familien keine eigene Wohnung besitzen!!

Vor dem Kriege war die Erscheinung, daß in einer Wohnung mehr als ein Haushalt untergebracht war, bedeutend seltener, in den Großstädten waren in zirka 2 v. H. der vorhandenen Wohnungen Untermieter gegenüber 20 v. H. heute! Bedenkt man, daß damals der Bestand an Leerwohnungen etwa ebenso groß war, so hätte wenigstens theoretisch die Möglichkeit bestanden, jeder selbständigen Haushaltung eine eigene Wohnung geben zu können. Da mehr als der vierte Teil der deutschen Bevölkerung in Großstädten ansässig ist, sind zweifellos die großstädtischen Wohnungszustände von ganz besonderer Bedeutung, zumal natürlich in ihnen auch die Mehrzahl der Kleinwohnungen (d. h. Wohnungen mit ein bis drei Räumen) sind, in Berlin z. B. 69,4 v. H. Diese Verteilung der Wohnungsgrößen auf die Gesamtzahl der Wohnungen ist wieder von größter Bedeutung für die Art, in der die wohnungslosen Haushaltungen und Familien untergebracht werden können, da tatsächlich die meisten von ihnen (86 v. H.) in Klein- und Mittelwohnungen (4 bis 6 Räume) einquartiert sind, ja sich sogar in jeder vierundachtzigsten einräumigen Wohnung finden! Es ist nicht schwer, aus diesen Tatsachen den richtigen Schluß auf den effektiven Wohnraum zu ziehen, der den 10,6 v. H. großstädtischen Haushaltungen und Familien ohne eigene Wohnung zur Verfügung steht. In nur zu vielen Fällen wird für sie von einem „Familienleben" überhaupt keine Rede mehr sein können! So erschreckend diese Zahlen auch schon an sich sind, so sind sie doch immer nur erst ein Ausschnitt aus dem tatsächlichen Wohnungsmangel und Wohnungselend. Leben doch in diesen Wohnungen nicht nur fremde Familien in allen Lebenslagen im engsten Verbande miteinander, sondern zu ihnen kommen sehr häufig — und nicht nur in den Großstädten — ledige Aftermieter (Schlafgänger) hinzu. Der geringe zur Verfügung stehende Gesamtraum für alle Mitwohner macht die Trennung der Geschlechter — selbst unter Angehörigen verschiedener Familien — ebenso unmöglich, wie die Zusammenlegung mehrerer Personen in einem Bett unvermeidlich.

Es dürfte aber — und das macht die tatsächliche Situation noch bedeutend gefahrvoller — ein erheblicher Irrtum sein, zu glauben, daß diese Zustände sich auf die Großstädte beschränkten, sondern man muß für die mittleren und kleinen Städte und auch für das Land noch eine recht beträchtliche Anzahl wohnungsloser Haushaltungen und Familien und sowohl absolut wie relativ überfüllter Wohnungen hinzuzählen. Man denke z. B. nur an die Unterbringung der zahllosen aus den abgetretenen Gebieten ausgewanderten Flüchtlinge, an die zwangsweise Zusammendrückung der Bevölkerung in vielen Teilen des besetzten Gebietes, an den Massenzustrom der für besonders schnell gewachsene Industrien benötigten Arbeiter, deren Arbeits- und Wohnstätte sich gerade für einige der größten Betriebe nicht im Weichbild von Großstädten befindet. Wir vermuten nach unserer recht genauen Kenntnis vieler solcher Bezirke in der Zeit vor und im Kriege, daß man bei näherer Untersuchung der dort herrschenden Zustände mit Recht einigermaßen entsetzt sein würde.

Sehr lehrreich — sozial- und bevölkerungspolitisch — wären Feststellungen über die Zusammenhänge zwischen dem Zeitpunkt der Eheschließung, der Art der Unterbringung des jungen Haushalts und dem Zeitpunkt der Geburt von Kindern. Wir vermuten, daß solche Feststellungen eine sehr beredte Sprache sprechen würden. Oder Feststellungen über die Zusammensetzung der Gesamtbelegschaft einer Wohnung und dem gesundheitlichen und sozialen Befund an ihr oder auch ihrer kriminellen Beteiligung. Auch hier bestehen nicht etwa entfernte, sondern ganz unmittelbare Zusammenhänge in allen Gegenden Deutschlands und in allen Größenordnungen der Wohnbezirke.

Was ist nun geplant, um diesen in tausend Beziehungen gefährlichen Zuständen entgegenzutreten? Und was ist bisher erreicht worden, um diesen schwersten sozialen Mißstand abzustellen?



Der laufende Jahresbedarf, d. h. die Zahl der auf Grund von Eheschließungen und Familiengründungen neu benötigten Wohnungen, beträgt 200 000, erst was darüber hinaus gebaut wird, dient dazu, den aus den Vorjahren übernommenen Fehlbestand auszugleichen. Im Jahre 1927 ist es zum erstenmal gelungen, über jenen laufenden Jahresbedarf hinaus Wohnungen zu bauen. Der Reinzugang an Wohnungen betrug in den Groß- und Mittelstädten zusammen 1927: 105 141 gegenüber nur 75 355 im Jahre 1926. Das bedeutet eine Steigerung um 40 v. H. Der Zugang 1927 war rund doppelt so groß wie der im Jahre 1925. Dabei war die Zunahme in den Mittelstädten mit 53 v. H. noch wesentlich höher als die in den Großstädten mit 37 v. H. — In Preußen wurden nach einer Aufstellung des Preußischen Wohlfahrtsministeriums in sämtlichen Gemeinden Preußens 176 173 Wohnungen im Jahre 1927 gegen 129 762 im Jahre 1926, also 36 v. H. mehr Wohnungen, fertiggestellt. Davon waren 1927, 84,3 v. H. gegen 1926 86,7 v. H. mit öffentlicher Beihilfe erbaut. Schätzungsweise beträgt der Reinzugang an neuen Wohnungen im gesamten Deutschen Reich im Jahre 1927 gegen 270 000 Wohnungen.

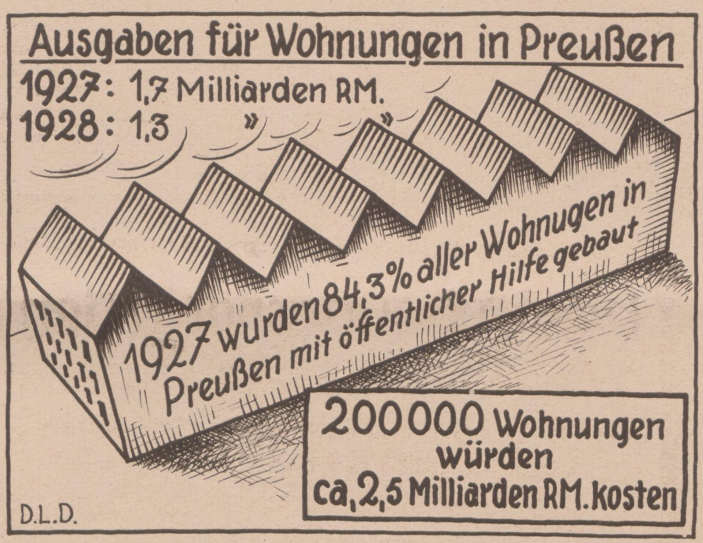
Wenig erfreulich sind die Bauaussichten für das Jahr 1928. Während in Preußen 1927 1,7 Milliarden Mark für den Wohnungsbau verwandt wurden, werden für 1928 nur 1,3 Milliarden, also 400 Millionen weniger, zur Verfügung stehen. (Berechnungen des Wohlfahrtsministeriums.)

Das Reichsarbeitsministerium gibt bekannt, daß für das Reich mit einer Summe von 1,4 Milliarden Baugeldern zu rechnen sein wird, davon entfallen auf Mietsteuern 600 Millionen, ebensoviel auf Anleihen aller Art und die restlichen 200 Millionen auf das eigene Kapital derer, die zu bauen beabsichtigen. Dabei haben die Sachverständigen für den Bau allein der zur Deckung des laufenden Jahresbedarfs benötigten 200 000 Neuwohnungen eine Mindestsumme von 2,5 Milliarden für notwendig erklärt!

Jeder weiß, welche Schwierigkeiten in der Finanzierung des Wohnungsbaus liegen, da der Kapitalmangel im eigenen Lande sich sehr stark fühlbar macht und die Aufnahme von Auslandsanleihen bei 11—12 v. H. Zinsen und Amortisationskosten eine außerordent-

liche Belastung und Verschuldung sowie unerschwinglich hohe Mieten nach sich zieht. So schwer die Finanzierung aber auch sein mag, so darf doch keinen Augenblick vergessen werden, welche soziale und nationale Bedeutung für das gesamte deutsche Volk in der Schaffung genügend vieler und gesunder Wohnungen liegt.

Eine Million Wohnungen sind also nötig, um nur erst einmal jeder Haushaltung und jeder Familie eine eigene Wohnung zu geben. Außer diesem „natürlichen" Bedarf an Wohnungen ist zu beachten, daß eine sehr große Anzahl der vorhandenen Wohnungen in Rücksicht auf ihren baulichen Zustand, auf Gesundheit und Sittlichkeit, auf die Möglichkeit normaler Familienbildung vollkommen unzulänglich sind.



Der Streit ist müßig, ob der Wohnungsbau „produktiv" sei oder nicht. Gewiß dienen die Wohnungen dem Konsum, werden abgenutzt und schließlich unbrauchbar, aber dennoch bildet ein gesundes Wohnungswesen die wesentliche Grundlage und Voraussetzung für jede Produktion und Leistung eines Volkes, dessen geistige und körperliche Arbeitskraft unter den bestehenden Zuständen zugrunde gehen, ja, dessen Fortbestand in Frage gestellt werden muß. In diesem Sinne ist der Wohnungsbau nicht nur deshalb produktiv, weil die engsten Verbindungen zwischen der Konjunktur auf dem Baumarkt und den sonstigen volkswirtschaftlichen Entwicklungstendenzen bestehen, sondern weil gesunde Wohnungen das Fundament einer gesunden Volkswirtschaft überhaupt sind, und weil ohne dieses Fundament auch alle kulturellen Güter ernstlich bedroht sind. Was ist zu erwarten, wenn mit den Bestrebungen, allen Deutschen endlich zureichende Wohngelegenheit zu geben, nicht endlich Ernst gemacht wird, wenn den körperlich und den geistig schaffenden Ständen die Möglichkeit zur Erfüllung ihrer Aufgaben im Geistes- und Wirtschaftsleben unserer Nation genommen wird, wenn die Nation sich mit stetig zunehmendem Geburtenrückgang ihr eigenes Grab gräbt! Es hat z. B. in Berlin, also dort, wo die Wohnungsverhältnisse besonders schlimm liegen, im Jahre 1925 die Zahl der lebend Geborenen die der Gestorbenen nur noch um 1420 übertroffen, das heißt, die Geburtenziffer lag nur noch um 0,4 über der Sterbeziffer! 1926 aber ist die Zahl der Gestorbenen tatsächlich zum ersten Male größer als die der lebend Geborenen, denn es starben in diesem Jahre 45 412 Personen und es wurden nur 45 273 Kinder geboren! Wenn dieser Vorgang auch nicht für das ganze Reich symptomatisch ist, so ist er doch ein ernstes Warnungszeichen. Für solche Entwicklungstendenzen ist nicht zuletzt der unerträgliche Zustand unseres Wohnungswesens verantwortlich.

Und mit all den bereits gestreiften Folgen sind die gefährlichen Wirkungen des bestehenden Zustandes noch nicht erschöpft. Jeder, der das Leben der breiten Massen näher kennt, mit den geistig-seelischen Einflüssen vertraut ist, die die tägliche Umgebung auf den Menschen ausübt, der kann sich auch über die staatspolitischen Folgen unserer Wohnungszustände nicht im Zweifel sein. Wie soll sich Heimatgefühl, wie ein gesundes Nationalgefühl entwickeln, wie sollen Gefühle staatsbürgerlicher Verbundenheit Fuß fassen, wenn die Bürger dieses Staates zu Millionen kein eigenes Dach über dem Kopf haben, keinen Boden unter den Füßen, ja, in drangsalvoller Enge sich nicht einmal in einem eigenen Bett zur Ruhe legen können!?

Solange hier nicht Wandel geschaffen ist, wird aller durch sozial- und kulturpolitische Gesetze und sozialhygienische Maßnahmen mögliche Nutzen von vornherein illusorisch gemacht, werden weiteste Kreise des Volkes ganz automatisch in die alte Gegnerschaft gegenüber Staat und Gesellschaft zurückgetrieben werden, tötet eine Nation sich selber in den — ungeborenen Kindern!

Politische Diagnostik.

Von Dr. Werner Mahrholz.

In dem großen politischen Erziehungsprozeß, den das deutsche Volk im Laufe des letzten Jahrzehnts erlebt hat und der mit der Entwicklung der Demokratie aufs innigste verknüpft ist, hat eine politische Disziplin verhältnismäßig nur eine geringe Ausbildung erfahren: die Kunst der politischen Diagnostik. Ein Grundübel deutschen Wesens und deutscher Erziehung hinderte dies: die Neigung zur Dogmatik, zum System auch in der Betrachtung politischer, d. h. ihrer Natur nach im Fluß befindlicher Dinge. Das Endziel der Entwicklung, formuliert in Thesen, ist dem Deutschen oft wichtiger als die Erkenntnis eines tatsächlichen Zustandes. Dies aber gerade ist das Wesen und die Aufgabe politischer Diagnostik.

Vielleicht aber war es nötig, in den Wirbeln der ersten Nachkriegsjahre zunächst einmal dogmatisch zu denken, um überhaupt aus dem Chaos herauszukommen und ein notdürftiges und vorläufiges Haus dem deutschen Volke zu bauen. Jetzt aber, nachdem der Notbau errichtet ist, wächst in den nachdenklichen Politikern, in den politisch Nachdenklichen der Wunsch, zu wissen, wohin wir eigentlich steuern, und der Wille, aus diesen sorgfältig gefundenen Erkenntnissen politische Zielbilder zukünftiger Staats- und Volkswirklichkeit zu abstrahieren.

Es ist kein Zufall, daß in der letzten Zeit gleich zwei Bücher erschienen sind, die man als nahezu klassische Beispiele politischer Diagnostik ansprechen kann, mögen sie im einzelnen noch so viele Irrtümer und Schiefheiten enthalten: Hellpachs „Politische Prognose für Deutschland"*) und Coudenhove-Kalergis „Held oder Heiliger"**). In der Methode vor allem sind beide Werke sich sehr ähnlich, in der Methode nämlich der politischen Diagnose. Aus Philosophie, Historie, Soziologie und gesundem Menschenverstand, aus der Berücksichtigung wirtschaftlicher, religiöser, ethischer, gesellschaftlicher und ästhetischer Tatbestände baut sich eine Betrachtungsweise des sozialen Körpers — er heiße nun Deutschland oder Europa — auf, die geeignet ist, ungemein befruchtend gerade auch für die praktische Politik zu sein, soweit sie sich nicht in Vordergründlichkeiten erschöpft, sondern in irgendeinem Sinne die Frage nach dem Woher und Wohin, nach Ziel und Schicksal stellt.

*

Um zuerst von dem zwar dogmatischen, aber umfassenderen Werke zu sprechen: Coudenhove-Kalergi sucht in eine scharfe, ja überspitzte These: Held oder Heiliger, den Gegensatz zwischen Europa und der asiatischen Welt zu fassen. Er sieht in Geschichte und Gegenwart die eigentliche Leistung Europas darin, eine heroische Ethik und Lebenshaltung entwickelt zu haben. Ja, er geht so weit, zu behaupten, daß Europa, diese vielgestaltige Halbinsel am Fuß des asiatischen Kontinents, eigentlich nur durch sein aktivistisches, heroisches Ethos seine Existenz als geistiger, nicht als geographischer Kontinent gewonnen habe. Die Selbstbesinnung Griechenlands in den Perserkriegen ist ihm der Beginn des europäischen heroischen Menschen; damals wurde die Tatsache Europa geschaffen und ins Bewußtsein seiner Bewohner gehoben.

Es ist im Grunde ein Werk über die europäische Moral, ihre Komponenten, ihre Entwicklung, ihre Dekadenz und ihre — geforderte — Renaissance, das Coudenhove-Kalergi diesmal geschrieben hat. Geschaffen hat freilich mit einer politischen Absicht: seine Paneuropa-Idee moralisch zu unterbauen. In ganz großen Zügen entwickelt er aus Klima, Geographie und Geschichte — Aufklärer, der er im Wesen ist — die Elemente der europäischen Moral: Individualismus, Sozialismus, Heroismus. Dann zeigt er den Verfall dieser moralischen Werte, ihre Dekadenz, ihre Krise, um mit einem

*) Verlag S. Fischer, Berlin 1928.

**) Paneuropa-Verlag, Wien—Paris—Leipzig 1928.

leidenschaftlichen Aufruf zu einer Neuschöpfung der europäischen Moral, vor allem ihres ethischen Heroismus, zu schließen, um der Erhaltung und Neubegründung Europas als einer geistigen Wesenheit willen.

Der Wirklichkeitswille Coudenhove-Kalergis ist höchst merkwürdiger Art: er ist nämlich nicht soziologisch, sondern ideologisch gefärbt. Nietzsche und Spengler sind seine Ahnherren, nicht die französisch-englische Soziologie und Max Webers leidenschaftlicher Realismus. Es ist oft so, als ließe sich Coudenhove-Kalergi von dem Pathos seiner These Held oder Heiliger vorwärtstreiben; so in der merkwürdig aufklärerischen Betrachtung über das Christentum als — unbestreitbarer — Faktor im Aufbau der europäischen Welt. Man glaubt oft den Streitruf der Enzyklopädisten zu hören und muß sich mit Gewalt daran erinnern, daß wir nicht 1750, sondern 1928 schreiben. Trotzdem: ein Wirklichkeitswille ist bei Coudenhove-Kalergi unstreitig vorhanden: er stößt mit scharfer Sonde durch die Nebel moralischer Interpretationen des europäischen Tatwillens hindurch und findet bei diesem Bemühen unzweifelhaft spezifisch europäische Werte und Gestalten: Gesundheit, Stärke, Schönheit, Reinheit; den Ritter, den Gentleman, die Dame. Er findet Grundüberzeugungen des europäischen Menschen, die jenseits der Verschiedenheiten, wie sie Volkstum, Nation, Sprache, Konfession im allgemeinen bedeuten, liegen. Es findet moralische Grundtatsachen des Europäismus, die in dieser Prägung einmalig, eben europäisch, sind. Die Leistung Coudenhove-Kalergies ist diese: den Leser zum Nachdenken über letzte Bestimmtheiten europäischer Menschenform gebracht, ihm seine Aufgabe für den gegenwärtigen Augenblick sub specie aeternitatis gegeben, ihm seine Verantwortung vor dem Schicksal Europas ins Gewissen gerungen zu haben. Man kann sich durchaus vorstellen, daß — etwa vom christlichen oder sozialistischen Standpunkt aus — vieles Einzelne in diesem kühnen Buch abgelehnt werden muß. Trotzdem klärt das Werk jeden Leser, weil es die innere Diskussion mit sich selbst entfesselt, und es stärkt jeden Leser, indem es seinen Selbsterhaltungstrieb als Europäer zu entwickeln sucht.

*

Ganz anders das Werk von Hellpach: nicht Europas, Deutschlands Schicksal und zwar für die nächsten Menschenalter, unter der Voraussetzung evolutionärer, nicht revolutionärer Gestaltung der Dinge, steht zur Untersuchung. Nicht die Moralphilosophie, sondern die Soziologie als Erkenntnislehre vom Wesen und Wandel des sozialen Körpers bestimmt die Darstellung. So ist Hellpachs Buch nicht von einer einheitlichen These beherrscht, sondern es ist bunt und wechselvoll wie das deutsche Leben selbst, das es schildert, zwiespältig, anregend und tiefsinnig, wie sein Autor, der im Schreiben und Gestalten sich selber quälende Fragen zu lösen suchte. Es ist grundfalsch, Hellpachs Werk in irgendeinem Sinne dogmatisch zu nehmen: es ist durch und durch problematisch. Aber es ist von einem Manne geschrieben, der zugleich ein philosophischer Kopf, ein kenntnisreicher Historiker und Soziologe und ein in der Praxis des politischen Lebens geschulter Mensch von staatsmännischer Haltung ist.

Vom Volk und seinem Wesen geht Hellpach aus, um dann den Staat und seine Ordnung, die Gesellschaft und ihren Geist, zuletzt das Reich und seine Macht zu betrachten. Bei diesem Gange durch die deutsche Wirklichkeit sind ihm glänzende Charakteristiken der deutschen Stämme und Landschaften gelungen, findet er entscheidende Einsichten über die Lagerung des deutschen Parteiwesens, sagt er ausgezeichnete Dinge über kulturelle Fragen. Was — als entscheidend — fehlt, ist eine klare Umreißung der wirtschaftlichen Probleme, ist eine Eindeutigkeit in manchen internationalen Problemen: man spürt überall die Grenzen des Erlebnisses, von dem dieses unerhört am Leben orientierte Buch grundsätzlich ausgeht. Man könnte sich denken, daß eine viel spätere Auflage des Werkes viele Einzelheiten revidiert darstellen würde, ja, daß vielleicht neue Erlebnisse des Autors ihm neue Perspektiven auf manchen Gebieten eröffnen würden.

Alles in allem aber: das Hellpachsche Buch ist deshalb so lebendig und anregend, weil man hier auf jeder Seite in die politische und geistige Auseinandersetzung der Zeit mit sich selber hineingerissen wird. Gespräche, die heute überall in Deutschland geführt werden, wo überhaupt ein suchender Wille vorhanden ist, finden sich hier gleichsam sublimiert und zum Teil ausgezeichnet formuliert festgehalten. Es ist wirklich ein Versuch, die Lage Deutschlands in einer politischen Diagnose zu umschreiben.

*

Europa, Deutschland als Gegenstände leidenschaftlicher Diskussion: was kann der politische Erzieher sich besseres wünschen. Ist es da wirklich so wichtig, ob die Autoren in allen Einzelheiten recht haben? In der Debatte bildet sich politisches Menschentum. Die beiden Werke von Hellpach und Coudenhove-Kalergi sind Niederschläge verantwortungsbewußter innerer Diskussion. Es sind politische Bildungsbücher von Rang.

Zur Zeitgeschichte

Die Wahlen in Frankreich.

Am 22. und 29. April haben die Wahlen für die französische Abgeordnetenkammer stattgefunden. Während im 1. Wahlgang überwiegend die Rechtsparteien Sitze gewannen, haben die Stichwahlen das Bild wesentlich korrigiert. Ein endgültiges Urteil über die Wahlen kann man selbst heute noch nicht abgeben. Bekanntlich sind die französischen Parteien keine so festgefügten Gebilde wie etwa bei uns, und entsprechen die Fraktionen im Parlament nicht den Parteien im Lande. Bevor nicht die gewählten Abgeordneten sich einer Fraktion des Parlaments angeschlossen haben, läßt sich etwas Abschließendes über die Stärke der einzelnen Gruppen nicht sagen. Die von den einzelnen Parteien bzw. vom französischen Innenministerium veröffentlichten Ziffern über die Wahlergebnisse gehen denn, was die Angaben der einzelnen Kammerfraktionen angeht, ziemlich weit auseinander, weil die Zurechnung der einzelnen Abgeordneten zu den einzelnen Gruppen schwankt. Wenn deshalb im folgenden das Ergebnis der Wahlen, verglichen mit den Ziffern der alten Kammern, aufgeführt wird, so muß man gleichzeitig betonen, daß es sich dabei um vorläufige und ungefähre Ziffern handelt.

Die Ziffern für die einzelnen Parteien sind

	für die neue Kammer	für die alte Kammer
Kommunisten	14	27
Sozialisten	104	102
Sozialistische Republikaner	45	48
Radikale	130	135
Gemäßigte Radikale (Loucheur) / Linksrepublikaner (Poincaré)	155	135
Republikanisch Klerikale Rechte (Marin)	153	125
Konservative und Royalisten	18	15
Elsässische Autonomisten	3	0

Zieht man in Betracht, daß die neue französische Kammer infolge der Änderung des Wahlsystems 28 neue Sitze zählt, so ergibt sich eine nicht sehr starke Verschiebung von links nach der Mitte zu, jedenfalls keine irgendwie tiefgehendere Änderung in der Zusammensetzung der Kammer. Die Wahlen sind zweifellos ein großer persönlicher Erfolg Poincarés, der für seine Politik auch in der neuen Kammer über eine große Mehrheit verfügt. Dem gleich nach den Wahlen einsetzenden Rätselraten über die Art und Weise, wie er sein Kabinett umbilden werde, hat Poincaré bald mit der Erklärung ein Ende gemacht, daß er keine Umbildung vornehmen, sondern sich der Kammer am 1. Juni mit dem Kabinett in seiner bisherigen Zusammensetzung vorstellen werde. Dem von den Rechtsgruppen deutlich ausgesprochenen Verlangen, ihnen einen größeren Einfluß wie bisher zuzubilligen, hatte er also abgelehnt. Das entspricht nur seiner parlamentarischen Tradition, denn Poincaré ist immer Linksrepublikaner gewesen.

Poincaré wird also in der nun kommenden Legislaturperiode mit derselben Mehrheit wie bisher in erster Linie das französische Finanz- und Währungsproblem weiter bis zu seiner endgültigen Lösung zu verfolgen haben und, es ist kaum daran zu zweifeln, daß ihm die Kammer wie bisher auf diesem Wege folgen wird. Mit Poincaré als französischem Ministerpräsidenten ist also noch für längere Zeit zu rechnen. Es fragt sich, was das für Frankreichs Außenpolitik und besonders für das deutsch-französische Verhältnis bedeutet. Poincaré hat selbst Wert darauf gelegt, öffentlich zu betonen, daß er kein Gegner der Verständigung mit Deutschland sei. Er ist ja keineswegs der starre und unbiegsame Willensmensch, als den man ihn bei uns vielfach bezeichnet hat. Freilich wird die Lösung der großen Fragen, wie die Rheinlandfrage oder das Reparationsproblem, mit einem Partner wie Poincaré nicht gerade besonders leicht sein. Aber diese Dinge, die ja nicht nur vom Willen Frankreichs abhängen, drängen zur Lösung, und Poincaré ist ein zu klarer Realist, als daß er sich der Entwicklung wird in den Weg stellen wollen.

So wird sich denn voraussichtlich durch das Ergebnis der französischen Wahlen irgendeine wesentliche Änderung in den deutsch-französischen Beziehungen nicht vollziehen.

Der Autonomistenprozeß in Kolmar.

In Kolmar findet gegenwärtig der sogenannte Autonomistenprozeß statt. Auf der Anklagebank sitzt eine größere Anzahl von Elsässern, die sich wegen Komplotts gegen die Sicherheit des Staates und wegen Machenschaften gegen die Einheit Frankreichs im Ein-

verständnis mit dem Ausland zu verantworten haben. Zwei der Hauptangeklagten, der frühere Präsident des elsässischen Landtages, Dr. Ricklin, und der Professor Rossé, sind bei den Stichwahlen am 29. April zu Abgeordneten für die französische Kammer gewählt worden. Es ergibt sich also die etwas widerspruchsvolle Tatsache, daß einer Bewegung der Prozeß gemacht wird, deren Führer bei den letzten Wahlen zum Teil mit großer Mehrheit gewählt wurden, zum Teil wenigstens große Stimmenziffern auf sich vereinigt haben. Offensichtlich hat die elsässische Bevölkerung durch die Abgabe von vielen Zehntausenden von Stimmen auf die Führer des sogenannten Autonomismus zu erkennen gegeben, daß die Bestrebungen dieser Führer in sehr weiten Volkskreisen Zustimmung finden.

Worum handelt es sich bei dem sogenannten Autonomismus im alten Elsaß-Lothringen? Ein gewisser Teil der französischen Presse zeigt ein sehr geringes Verständnis dafür und hält mit unfreundlichen Kommentaren, ja sogar mit Verdächtigungen an die Adresse Deutschlands nicht zurück. Sie hat lange glauben machen wollen, es handele sich um ein Komplott, das mit deutschem Gelde gegen die Einheit Frankreichs und mit dem Ziele, Elsaß-Lothringen wieder von Frankreich zu trennen, geschmiedet worden sei. Es liegt auf der Hand, daß davon nicht die Rede sein kann. Schon die Tatsache, daß eine Anzahl der heutigen Führer des Autonomismus in der Zeit der Zugehörigkeit Elsaß-Lothringens zum Deutschen Reiche als Franzosenfreunde bezeichnet und als solche von den deutschen Behörden behandelt wurden, beweist das. Das elsässische „Unbehagen" und die dort vielfach herrschende Unzufriedenheit sind einfach die Folge der Schwierigkeiten, die sich aus der Eingliederung des Landes in den französischen Staat notwendigerweise ergeben haben. Einmal steht fest, daß die Muttersprache der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung nicht französisch, sondern deutsch ist, und zwar hochdeutsch als Schriftsprache und der alemannische Dialekt als Verkehrssprache, zum anderen ist die Einstellung der Bevölkerung gegenüber dem Staat nicht zentralistisch, sondern föderalistisch, während Frankreich ein völlig zentralisiertes Staatswesen ist, und schließlich ist das Verhältnis von Staat und Kirche grundverschieden vom übrigen Frankreich. Aus diesen drei Tatsachen ergaben sich zahlreiche Reibungen, Gegensätze, Mißstimmungen usw., besonders als die Regierung Herriot eine verstärkte und beschleunigte Assimilierungspolitik begann. Hier liegen die Wurzeln des Autonomismus. Ein großer Teil der elsässischen Bevölkerung legt auf die Erhaltung der deutschen Sprache in Schule und Verwaltung, auf die Aufrechterhaltung des bisherigen Verhältnisses von Kirche und Staat und auf eine gewisse verwaltungsmäßige Unabhängigkeit von Paris Wert. In Paris begreift man dies nicht und hält diese Leute für schlechte Franzosen, während sie doch nur ihre landschaftlichen Traditionen und ihre Sprache behalten wollen. Zu behaupten, daß sie die Rückkehr nach Deutschland wünschten, ist ein Vorwurf, gegen den sie sich selbst energisch zur Wehr setzen und der sicherlich völlig unberechtigt ist.

Für Deutschland ist dieser Prozeß in Kolmar außenpolitisch völlig gegenstandslos, da der Vertrag von Locarno die elsaß-lothringische Frage erledigt hat. Ebenso wie wir jeden Versuch von französischer Seite, Deutschland in die elsässische Autonomiefrage durch Verdächtigungen irgendwelcher Art hineinzuziehen, aufs eindeutigste zurückweisen, müssen wir uns selbst von jeder Einmischung fernhalten. Daß wir die Dinge dort mit dem natürlichen Interesse verfolgen, das wir für alle Menschen deutscher Sprache hegen, kann uns niemand zum Vorwurf machen. Aber mit demselben Rechte, mit dem wir etwa die Bemühungen der Deutschen in Brasilien oder in Südslawien und Rumänien zur Erhaltung ihrer Sprache und Kultur verfolgen, ohne damit irgendwelche politischen Absichten zu verbinden, beobachten wir ähnliche Bestrebungen in den alten Reichslanden. Oder würde man es in Paris schweigend hinnehmen, wenn die vier Millionen französischer Kanadier von ihren englisch sprechenden Mitbürgern an der Pflege ihrer traditionellen französischen Sprache und Kultur gehindert würden?

Das Haager Urteil im oberschlesischen Schulstreit.

Am 26. April hat der Ständige Internationale Gerichtshof im Haag sein Urteil in dem oberschlesischen Schulkonflikt gesprochen, der nahezu zwei Jahre lang nicht nur die unmittelbar Beteiligten, d. h. die deutsche Minderheit und die polnischen Behörden in Polnisch-Oberschlesien, sondern auch die internationale Öffentlichkeit bis zum Völkerbundsrat hinauf beschäftigt hat. Den Ausgangspunkt des Konflikts bildete die Tatsache, daß die polnischen Behörden im Sommer 1926 Tausende von Kindern, die für die deutschen Minderheitsschulen angemeldet worden waren, am Besuch dieser Schulen verhinderten, und zwar hauptsächlich mit der Begründung, daß sie die Erklärung der Erziehungsberechtigten über die Zugehörigkeit dieser Kinder zu der deutschen Minderheit anzweifelten. Da die entsprechende Erklärung der Erziehungsberechtigten über die Sprache ihrer Kinder nach dem ganz klaren Wortlaut des Genfer Abkommens über Oberschlesien nicht bestritten noch nachgeprüft werden darf, gab der Präsident der Gemischten Kommission, Calonder, einer Beschwerde der deutschen Minderheit ohne weiteres recht. Die polnische Regierung lehnte aber das Votum Calonders ab, worauf die Deutschen sich an den Völkerbundsrat wandten. Hier kam es im Frühjahr 1927 zu einem deutsch-polnischen Kompromiß, nach dem ein Teil der Kinder sofort in die deutschen Schulen eingewiesen werden sollte, während bei einem anderen Teil auf Verlangen der polnischen Behörden das Vorhandensein hinreichender deutscher Sprachkenntnisse durch eine Prüfung festgestellt werden durfte. Solche Prüfungen, insgesamt einige hundert, wurden in der Tat von dem Schweizer Pädagogen Maurer abgehalten. Als aber die polnischen Behörden diese zur Liquidierung eines Konfliktes getroffene einmalige Maßnahme zu einer dauernden Einrichtung zu machen sich bemühten, wurde die Streitfrage erneut vor den Völkerbundsrat und dann im Einverständnis beider Parteien vor den Haager Gerichtshof gebracht.

Beide Parteien legen das am 26. April ergangene Urteil des Haager Gerichtshofes als ihren Sieg aus. Es würde zu weit führen, darauf einzugehen, welche wesentlich formalen Momente Polen hierbei zu seinen Gunsten anführen kann. Zieht man aber allein den Satz des Urteils in Betracht: „Die Erklärung, die durch Art. 131 der Genfer Konvention vorgesehen ist (d. i. die Erklärung über die Sprache der Schulkinder) und ebenso die Frage, ob eine Person zu einer Minderheit der Rasse, der Sprache oder der Religion gehört oder nicht, unterliegt keiner Nachprüfung, Bestreitung, keinem Druck und keiner Beeinträchtigung von seiten der Behörden in irgendeiner Form", so ist klar, daß Polen in der Kernfrage, die den Ursprung des ganzen Konflikts bildet, Unrecht bekommen hat, daß insbesondere die berüchtigten Sprachprüfungen unzulässig sind. In der Auffassung der Erklärung über die Sprache der Kinder weicht das Haager Urteil insofern von der in der deutschen Klage vertretenen Auffassung ab, als die Erklärung nicht als rein willkürlich hingestellt, sondern von ihr verlangt wird, daß sie sich „auf die tatsächliche Lage bezieht". Das ist aber, genau genommen, keine grundsätzliche Differenz. Denn wenn auch, wie es in dem modernen Entwurf der preußischen Regierung so klar zum Ausdruck kommt, die Zugehörigkeit zu einer Minderheit im Innersten eine subjektive Entscheidung ist, werden doch einer solchen subjektiven Entscheidung tatsächliche Verbindungen mit Kultur, Sprache, Psychologie der betreffenden Minderheit zugrunde liegen, deren Wertung aber eben nur eine subjektive sein kann.

Bedenklicher als die harmlose Freude polnischer Blätter, das Haager Urteil als Polen günstig anzusehen, ist die drohende Sprache der chauvinistischen Presse besonders in Polnisch-Oberschlesien, die befürchten läßt, daß in diesem unglücklichen Lande, wo ein hemmungsloser Terror schon längst jede Rechtssicherheit vernichtet hat, durch Gewaltmaßnahmen versucht werden wird, die Deutschen um ihren Erfolg vor dem Haager Gericht zu betrügen. Mit dieser Möglichkeit muß nach den Erfahrungen der letzten Jahre leider gerechnet werden; das aber würde bedeuten, daß trotz der moralischen und rechtlichen Klarheit, die das Haager Urteil geschaffen hat, der Schulkampf selbst noch weiterhin internationale Instanzen beschäftigen wird.

Die schleswigsche Sammlungsbewegung.

Die nordschleswigsche Frage ist jüngst in eine neue Phase getreten, die man noch vor einigen Monaten nicht voraussehen konnte, die aber in ihren Ursachen und Wirkungen die allergrößte Aufmerksamkeit — nicht zum wenigsten hinsichtlich der Analogie für andre Grenzfragen — verdient. Neben den grenzpolitischen und kulturpolitischen Bestrebungen der deutschen Minderheit ist hier eine machtvolle Wirtschaftsbewegung der gesamten Bevölkerung, unangesehen des nationalen Bekenntnisses, mit erklärter Gegenstellung gegen das dänische Mutterland in die Erscheinung getreten, die von dieser nicht leichter Hand abgewiesen werden darf.

In der Nacht zum 21. April d. J. wurden in den nordschleswigschen Kreisen Tondern, Hadersleben und Sonderburg überall Plakate öffentlich angeschlagen, die die Unterschriften von 84 deutschen und dänischen Männern des abgetretenen Gebietes trugen und zehn formulierte Forderungen an die dänische Regierung richteten. Danach soll zunächst ein fünfzehnköpfiger nordschleswigscher Rat gebildet werden, dessen Mehrheit unmittelbar aus der Bevölkerung zu wählen ist, und der einen Vorschlag zur Übernahme gewisser Verwaltungszweige von Nordschleswig ausarbeiten soll. Dänemark soll zur Durchführung eines Zwangsvergleichs aller verschuldeten Nordschleswiger eine entsprechende Summe zur Verfügung stellen, den Zinsfuß für die Restschuld herabzusetzen, wie auch alle Verpflichtungen nur zum Inflationskurs der Krone abgegolten werden sollen, und durch ein Moratorium alle Zwangsauktionen bis auf weiteres einstellen, soll ferner Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hergeben und den Beziehern von Armenunterstützung das entzogene politische Stimmrecht wiedergeben. Die Besetzung der Ämter in Nordschleswig soll in erster Linie durch Landeskinder erfolgen und der Rat Vorschlagsrecht bei Besetzung der höheren Verwaltungsstellen erhalten. Die Mittel bestimmter Darlehnsinstitute sollen in die Verwaltung des Rats übergehen, jedoch soll durch alle diese Maßnahmen die staatsrechtliche Verbindung mit Dänemark nicht berührt werden.

Die Unterzeichner dieses Aufrufs haben inzwischen durch Listen Anhänger geworben, von 500 ausgesandten sind bereits 225 mit 16 000 Unterschriften zurückgelangt, danach darf man die endgültige Zahl der Unterzeichner auf mehr als 35 000 veranschlagen. Bei der letzten dänischen Reichstagswahl Ende 1926 wurden nicht ganz 11 000 deutsche Stimmen abgegeben, daraus geht hervor, daß die Anhänger dieser Bewegung auch Dänen, und zwar in der Mehrheit, sein müssen. Der dänische Einwand, es handle sich hier um eine verkappte deutsche Mache, ist also nicht haltbar.

Diese sogenannte „Sammlungsbewegung", die auch als „das dritte Schleswig" bezeichnet wird, stellt als solche eine Neuerscheinung dar, wenn auch gewisse Symptome schon in unreifer Form in der Selvstyre- (Autonomie-) Bewegung des Cornelius Petersen sichtbar wurden. Sie ist ausgesprochen wirtschaftlicher Art, die ebensowenig mit der nationalpolitischen Forderung der Grenzrevision als mit der einer Kulturautonomie etwas zu tun hat. Diese werden lediglich von der deutschen Minderheit vertreten, jene bedeutet ein solidarisches Vorgehen der unter schwerem wirtschaftlichen Druck leidenden deutschen wie dänischen Bevölkerung Nordschleswigs. Diese Notlage wird nicht nur durch die Teilnahme nordschleswigscher Dänen an der Bewegung erwiesen, sondern auch von der unbefangenen Kopenhagener Presse eingestanden. So gibt „Ekstrabladet" zu, daß ganz Nordschleswigs äußere Schuld 1914 nur 95 Millionen Mark betragen habe, während das Gebiet heute 600 Millionen Kr., davon 500 Millionen Kr. an Dänemark allein, schulde. Das Mittagsblatt „B. T." verzeichnet, daß die Zahl der Zwangsversteigerungen in Nordschleswig von 100 im Jahre 1926 auf 178 im Jahre 1927 gestiegen sei, daß der Anteil der Zwangsversteigerungen an landwirtschaftlichem Besitz für ganz Dänemark 31 v. H., für Nordschleswig dagegen 52 v. H. betrage. Und diese Blätter haben gewiß keinen Anlaß, die Verhältnisse zu übertreiben.

Diese herausgegriffenen Ziffern, die sich noch beweiskräftiger erweitern ließen, deuten auf die Ursachen dieser Wirtschaftsnot: Nordschleswig ist ein vorwiegend ackerbautreibendes Land, das bis zur Abtretung sein Absatzgebiet im Süden hatte, von dem es nun durch Zollmauern abgetrennt ist; jetzt muß es mit dem vorwiegend ackerbautreibenden dänischen Hinterland in Wettbewerb treten, in dessen intensiven Betrieb es seinen bisherigen extensiven Betrieb erst mit großen Mühen und Kosten überführen mußte. Während des Tiefstandes der dänischen Krone (bis zu 50 v. H. des Nennwerts) mußte Nordschleswig seine Verbindlichkeiten eingehen und ist jetzt verpflichtet, sie gegen Kronen in vollem Wert abzuwickeln. Zudem war das abgetretene Gebiet gehalten, an den Lasten des ganzen Landes, wie der sehr kostspieligen Sanierung der Landmansbank, beizutragen, ohne daß man den Bedürfnissen der Umstellung seitens des ganzen Landes Rechnung getragen hätte.

Das gemeinsame Vorgehen der beiden Nationalitäten in Nordschleswig verrät den Ernst der Lage; es sind daran auch sämtliche dänische Parteien einschließlich der Sozialdemokratie beteiligt. Mit Ausnahme einer Erklärung des dänischen Ministerpräsidenten Madsen-Mygdal, daß die Einstellung der Zwangsauktionen einen Eingriff in privatrechtliche Verhältnisse bedeute und deshalb von seiner Regierung nicht vorgenommen werde, hat diese bisher nicht Stellung zu den Forderungen genommen. Nach einem früheren Beschluß wird ein Ausschuß aus Vertretern der vier großen Reichstagsparteien sowie sämtlicher nordschleswigscher Erwerbszweige eine Untersuchung der Wirtschaftslage an Ort und Stelle, unter Vergleich der Verhältnisse südlich der Grenze, vornehmen. Dieser Ausschuß hat aber lediglich informatorische Befugnisse und kann nicht die geringsten Vorschläge machen, geschweige Beschlüsse fassen. Kopenhagen wird also in Bälde den zehn Thesen gegenüber Farbe bekennen müssen, wenn sie von Vertretern des Gebiets persönlich vorgebracht werden. Eine glatte Ablehnung dürfte die Dinge auf eine Katastrophe zutreiben. Was die Anhänger der „Sammlungsbewegung" in diesem Falle für weitere Schritte unternehmen, die sie bereits ankündigen, ist schwer zu ersehen. Die Lage selbst zwingt sie jedenfalls, auf dem nunmehr eingeschlagenen Wege weiterzugehen.

Blick in die Bücher

Carl Brockhausen u. Maria L. Klausberger. Deutsch-Österreich. Kultur, Politik, Wirtschaft. Meyers Wörterbücher, Halberstadt 1927, H. Meyers Buchdruckerei, 313 S.

In der Reihe der bekannten Meyers Wörterbücher haben Prof. Dr. Carl Brockhausen und Maria L. Klausberger in lexikographischer Form, nach Stichworten geordnet, ein Gesamtbild der österreichischen Kultur, Politik und Wirtschaft herausgebracht, das nicht nur als ein praktisches Hand- u. Nachschlagebuch zu werten ist, sondern das auch eine wertvolle Bereicherung der politischen Literatur über das heutige Österreich ist. In der knappen Form wird alles Wissenswerte so zusammengefaßt, daß es sofort aufgeschlagen werden kann. Für jeden Politiker, der sich über Österreich kurz und prägnant unterrichten will, ist dieses Wörterbuch ein unentbehrliches Quellenwerk.

Dr. Walter Bayreuther: Westpreußen in Wort und Bild, 147 S. m. etwa 100 Bildern, geb. 4,80 M. Verlag Gräfe u. Unzer, Königsberg i. Pr.

Streifzüge durch den heutigen Regierungsbezirk Marienwerder nennt sich diese lebendig und fesselnd geschriebene Darstellung, die durch eine Fülle von Bildern, Skizzen, Reliefdarstellungen geschmückt ist. Namentlich die photographischen Aufnahmen bilden durch ihre malerische Wirkung einen hervorragenden Schmuck des Buches. Sie werden dazu beitragen, den Gedanken wachzuhalten, daß auch über den Regierungsbezirk Marienwerder hinaus das uns entrissene westpreußische Land deutscher Kulturboden war und ist. Eine Reihe namhafter Heimatschriftsteller hat zu dem Werk beigetragen, das sich inhaltlich und in seinem äußeren Gewand als Musterleistung heimatkundlicher Publizistik präsentiert und das von den zahlreichen Freunden westpreußischer Landschaftsschönheit sicherlich freudig begrüßt werden wird.

„Deutschland im Licht der ausländischen Schulbücher" von Hermann Pinnow, Verlag für Kulturpolitik, Berlin 1927, 109 S.

Im Jahre 1924 wurde von dem Carnegie-Institut eine „Enquête sur les livres scolaires d'après guerre" veranstaltet. Diese von dem Gedanken einer Versachlichung und Entgiftung der Schulbücher und einer Abrüstung der Geister ausgehende Untersuchung gelangte, weil sie teilweise von unrichtigen Methoden ausging, zu unbefriedigenden Feststellungen. Während von den französischen Schulbüchern durchweg nur Nachkriegsbücher herangezogen wurden, hat man unter den deutschen Schulbüchern fast nur die der Kriegs- und Vorkriegszeit ausgewählt. Infolge dieser Einseitigkeit in der Auswahl verschob sich die Sachlage außerordentlich zuungunsten Deutschlands. Die sachliche Beurteilung der deutschen Schulbücher ließ ebenfalls ein objektives Urteil vermissen. Um diesen falschen Darstellungen entgegenzutreten und zugleich den wahren Stand des fremden Schulbücherwesens zu zeigen, hat der Verband deutscher Geschichtslehrer eine Gegenschrift herausgegeben, die im Zeichen von Locarno und Genf sich die Bekämpfung nationalistischer Verblendung, besonders im Unterrichts- und Erziehungswesen, zum Ziele gesetzt hat und unter Beschränkung auf die Lehrbücher der Nachkriegszeit solche Werke und Stellen der französischen, belgischen, englischen und amerikanischen Nachkriegslehrbücher an den Pranger zu stellen sucht, die den Geist der Deutschfeindlichkeit und Kriegshetze atmen. Mit großer Sorgfalt und vielem Fleiß ist das einschlägige Material durchgesehen und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden. Mit Entrüstung und Grauen ersieht man aus den vorgelegten Schriftproben, zu welchen Ausmaßen von Völkerhaß, Verhetzung, Beleidigung und Verleumdung des deutschen Volkes auch in der Nachkriegszeit sich noch fremde Pädagogen und Verfasser von Schulbüchern versteigen. Es ist ein Verdienst der vorliegenden Schrift, daß sie die zu beanstandenden Bücher und Buchstellen systematisch ordnet und zusammenstellt und so an ihrem Teil zur Aufhellung der so arg gemißhandelten Wahrheit beiträgt. Gewisse Fortschritte hat die so gestaltete Aufklärungsarbeit schon erzielen können, denn einer der übelsten französischen Hetzer Fournier hat die elfte Auflage seines Werkes „Pour notre France!" vollständig umgearbeitet, so daß sie zu Beanstandungen keinen Anlaß mehr gibt. Es bleibt nur zu wünschen, daß die kleine, außerordentlich verdienstvolle Schrift in die für sie bestimmten ausländischen Kreise dringt und zur Entgiftung der öffentlichen Meinung führt. Rtz.

„Bildermappe von Westpreußen" im Verlag Wendt Groll in Marienwerder, enthaltend 10 vierfarbige Drucke auf Karton in Größe von 31 : 24½ cm nach Aquarelloriginalen von Kunstmaler Scheffler-Berlin, Preis 3,50 M.

Die Mappe zeigt auf einer Innenseite eine Karte der Vierteilung Westpreußens, und ein Umschlag zu den 10 Bildern enthält auf vier Seiten einführende Worte des Oberstudiendirektors Erich Wernicke-Marienwerder und des als Erneuerer der Marienburg bekannten Provinzialkonservators Bernhard Schmid-Marienburg.

Die sehr schönen und charakteristischen Bilder zeigen Elbing, Marienburg, Marienwerder, Stuhm, Riesenburg, Rosenberg, Dt.-Eylau, Freystadt und Bischofswerder. Sie sind freundliche Grüße des wenig gekannten Teiles der alten wertvollen Provinz Westpreußen, der nach Versailles zu Ostpreußen fiel, sie sind Werber für dieses insbesondere geschichtlich bedeutungsvolle Land und Mahner, seiner nicht zu vergessen.

Pommern und die deutsche Landwirtschaft. Eine statistische Untersuchung über Menge, Wert und Verbrauch der deutschen und pommerschen landwirtschaftlichen Erzeugung. Von Dr. O. W. Hager. Pommernblatt, Verlags-Gesellschaft m. b. H., Stettin. 1927.

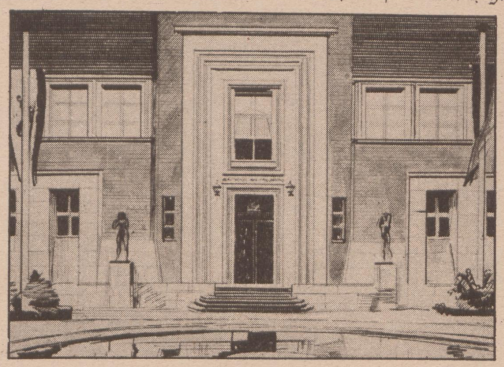
Eine mit Zahlen belegte, sehr aufschlußreiche Darstellung der Bedeutung der Provinz Pommern für die landwirtschaftliche Erzeugung Deutschlands. Aus der systematisch durchgeführten Gegenüberstellung der Produktionszahlen der wichtigen Überschußprovinz mit den gesamtdeutschen Erzeugungsziffern ergeben sich höchst interessante agrarpolitische und volkswirtschaftliche Perspektiven. Auch über den Wert der landwirtschaftlichen Erzeugung in Pommern und im Reich kommt der Verfasser auf Grund von eigenen Berechnungen zu wichtigen Ergebnissen; so etwa, wenn er den Wert der gesamten landwirtschaftlichen Produktion Deutschlands im Jahre 1925 auf rund 11,8 Milliarden beziffert, wozu noch der geschätzte Wert der gartenbaulichen Erzeugung in Höhe von rund 1,3 Milliarden hinzukommt. (In Parallele dazu stellt Verf. den Wert industrieller Erzeugung, z. B. der Gesamtproduktion der deutschen bergbaulichen Betriebe — Kohle, Eisen, Salz usw. — in Höhe von rund 2,5 Milliarden im gleichen Jahre.) Die Arbeit mündet in die Forderung nach verstärkter Rationalisierung der Landwirtschaft, nach Leistungssteigerung der heimischen Erzeugung aus, die uns von ausländischen Zufuhren nach Möglichkeit unabhängig machen soll.

Die Revision der Friedensverträge. Von Géza Lukács. Mit einem Vorwort von Dr. V. Radoslavoff, bulgarischer Ministerpräsident a. D., Verlag Georg Stilke, Berlin. 120 S. Preis: brosch. M. 3,50, gebd. M. 5.—.

Diese Schrift ist eine der zahlreichen Proteste gegen die Friedensverträge der Pariser Vororte, die aus den verschiedenen Lagern der bedrückten Völker aufgestiegen sind. Sie befaßt sich vor allem mit Wilsons 14 Punkten und ihrer „Erfüllung" in den Friedensverträgen, mit der Kriegsschuldfrage, der Minderheitenfrage auf Grund der Friedensverträge und zum Schluß mit der Frage der Rechtsgültigkeit der Friedensverträge. Es sind keine ausgesprochen neue Gedankengänge, die vorgetragen werden, aber das ist ja auch kaum zu erwarten auf Grund der gehäuften Literatur, die zu dem Thema „Friedensverträge" bereits erschienen ist. Was der Schrift ihren besonderen Wert und ihre besondere Bedeutung gibt, ist die Tatsache, daß sie von einem Ungarn stammt und mit dem Vorwort eines ehemaligen bulgarischen Ministerpräsidenten in die Öffentlichkeit geht. Sachlich ist besonders interessant und wertvoll an der Schrift, daß sie eingehendes Material über die Verteilung und die Lage der ungarischen und bulgarischen Minderheiten enthält. Politisch ist erfreulich, daß mit dieser Schrift auch von ungarischer Seite ein Dokument in deutscher Sprache erscheint, das die Rechtswidrigkeit, die politische Oberflächlichkeit und das Verhängnis der Pariser Friedensverträge klar und deutlich wieder einmal herausarbeitet. Z.

Düsseldorfer Kunstfrühling / Von Paul F. Schmidt.

Düsseldorf ist zwar schon seit einiger Zeit von fremder Besatzung frei, und es hat sich mit der bedeutsamen Jahrhundertfeier 1925 und der Gesolei vor zwei Jahren dem Reich als Ausstellungsstadt von hohen Graden längst wieder in Erinnerung gebracht. Gleichwohl fehlte es immer noch auf dem Gebiet der bildenden Kunst an einer wirklich intimen Berührung mit dem Vaterlande. Dem abzuhelfen, Düsseldorf und den Rheinländern einen wahren und umfassenden Begriff von dem gegenwärtigen Kunstleben in Deutschland zu geben, sollte die Ausstellung „Deutsche Kunst Düsseldorf 1928" dienen, die am 2. Mai sehr festlich eröffnet wurde. Und es traf sich, daß die Übersiedlung und Neugestaltung der städtischen Kunstsammlungen zur selben Zeit beendet war, so daß Ausstellung und Museum, symmetrisch an einem stattlichen Ehrenhofe einander gegenüber gelegen, zu gleicher Zeit sich der Öffentlichkeit präsentierten, in ausgezeichneter Ergänzung ihrer Absichten.

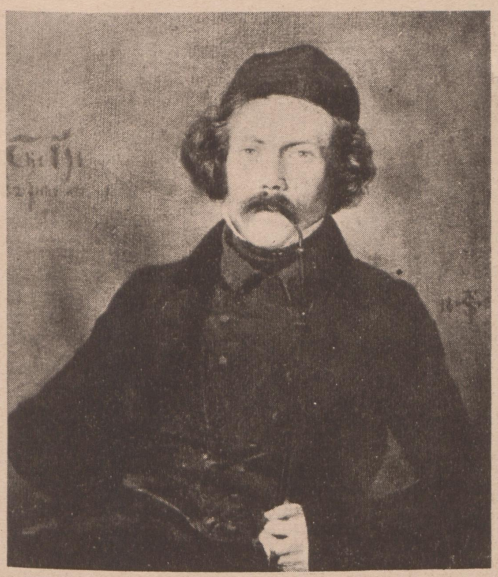


Städtisches Kunstmuseum in Düsseldorf
Photo Knippenberg

Die Bauten selber stammen noch, gleich dem Planetarium, von dessen Monumentaltreppen man zu dem blütenleuchtenden langgestreckten Ehrenhof hinabsteigt, von der Gesolei her, sämtlich von Wilhelm Kreis. Ihre oberflächliche von Pathetik angesäuerte Monumentalität ist nicht einwandfrei, auch das Innere des Museums entspricht nicht in allen Stücken sachgemäßen Anforderungen. Im ganzen aber kann man der Stadt zu diesem Kulturkomplex am Rheinufer nur gratulieren.

Das Städtische Museum ist mit vollem Recht hierher verlegt worden. Ein Ausbau der ganz unmöglichen Kunsthalle am Hindenburgwall kam nicht in Frage, und der Neubau ist museumstechnisch im allgemeinen recht leidlich. Vor allem hat er genügend Platz, um die überraschend ausgedehnten Sammlungen aufzunehmen: im Erdgeschoß das Kupferstichkabinett und die Kunstgewerbesammlung; im Obergeschoß die Gemäldegalerie; im Mittelteil ein großes Treppenhaus mit Riesenfenstern von Thorn-Prikker; die Absicht war hier besser als der künstlerische Erfolg.

Die Neuaufstellung der Gemäldesammlung überrascht aufs angenehmste. Man kannte sie ja in ihrem bisherigen Zustande als eine indiskutable Anhäufung schlimmster Düsseldorfer Schinken von unleidlichem Format. Direktor Karl Koetschau und sein Kustos Walter Cohen (der wohl als bester und geschmackvollster Kenner der rheinischen Malerei gelten darf) haben da gründlich Wandel geschaffen, Hunderte von Bildern ins Depot verwiesen und den Rest mit ihren Neuerwerbungen (seit 1913) so angeordnet, daß ein völlig neues Bild von Düsseldorfer Kunst entstand. Man braucht nun vor den Achenbachs, Schirmer, vor Vautier,



Eduard Steinbrück. Bildnis des Malers Theodor Hildebrand (1837). Städtisches Kunstmuseum, Düsseldorf
Photo Knippenberg

S. Meister. Familie Tillmann (Koblenz 1832)
Städtisches Kunstmuseum, Düsseldorf
Photo Knippenberg

Hildebrandt, Knaus oder Scheuren nicht mehr zu flüchten: es erweist sich, daß sie in glücklichen Stunden außerordentlich begabte Maler waren, die den Vergleich mit den gleichzeitigen Meistern von Barbizon nicht zu scheuen brauchen. Es kommt nur darauf an, die richtigen, die kleinformatigen und gewissermaßen privat gemalten Bilder und Skizzen von ihnen herauszustellen. Cohen geht so weit, Oswald Achenbach und Böcklin, als Schirmerschüler, die sie beide waren, zu konfrontieren, und man bemerkt mit Staunen eine mehr als gewöhnliche Verwandtschaft zwischen ihnen. Das ist Museumspolitik im besten Sinne. Selbstverständlich aber hat man sich nicht mit der Herausarbeitung der Düsseldorfer begnügt, obwohl sie berechtigterweise den Hauptteil und Mittelpunkt dieses Museums bilden, sondern hat ihre deutschen Zeitgenossen mit ähnlichem Glück gesammelt, so daß hier ein Bild deutscher Kunst von Graff und J. Zick über die Romantiker (Schnorr, Caspar D. Friedrich, Schwind, usw.), über Marées, Thoma, Böcklin, Trübner bis zu den Impressionisten und den Meistern jüngster Gegenwart, bis zu Nolde, Hofer, Kokoschka und Dix sich auftut, das immer weiter noch ergänzt werden wird.

Berühren sich hier deutsche mit lokaldüsseldorferischen Sphären nach der Seite historischer Entwicklung, so bietet die Ausstellung das gleiche Phänomen rein auf die Gegenwart bezogen und mit umgekehrten Vorzeichen. Denn das ist das Außerordentliche und Rühmliche an der Schau, daß die Veranstalter ihre örtlichen Interessen hinter der Absicht zurückgestellt haben, eine große allgemeine und alles umfassende Übersicht über die deutsche Kunst der Gegenwart zu geben. Dergleichen Selbstdisziplin hat man noch kaum je erlebt, und sie ist doppelt zu rühmen angesichts früherer Exzesse von heimischem Größenwahn und der Tatsache, daß drei Düsseldorfer Künstler diese meisterhafte Auswahl allein zustande gebracht haben. Ihre Namen sind: Schmurr, Kneubel und Kaufmann; ihre Leistung ist außerordentlich, auch vom höchsten Standpunkt aus. Jahrelang sind sie in allen deutschsprechenden Ländern (einschließlich der Schweiz und Deutschösterreichs) herumgereist und haben in Ateliers und Ausstellungen gewählt und gesiebt, mit souveräner Vollmacht. Man möge sich ausmalen, welche Kämpfe nötig waren, um das von Düsseldorfs Künstlerschaft zu erreichen! Das Resultat ist eine kaum je dagewesene Vollständigkeit und Mannigfaltigkeit im Überblick über die gegenwärtige Malerei, Skulptur und Zeichenkunst zwischen Alpen und Ostsee; ein Resultat, das nicht nur die Führerpersönlichkeiten mit charakteristischen Proben (einige aus persönlicher Hemmung Ablehnende ausgenommen) in sich begreift, sondern auch den hoffnungsvollen Nachwuchs und die qualitätvollen Begleiterscheinungen der großen Kunstströmungen.

G. Kersting. Kinder am Fenster. Städt. Kunstmuseum, Düsseldorf
Photo Knippenberg

Allein die Anordnung trübt ein wenig dieses Bild einer nationalen Kunsteinheit. Allzu demokratisch verfuhr die Hängekommission: Ohne Rücksicht auf Zusammenhänge wurden die Werke durcheinandergemischt, fast wahllos, so daß man sich sogar jeden einzelnen Künstler aus verschiedenen Sälen zusammensuchen muß. Das Kaleidoskop ist bei der ungeheuren Anzahl der Aussteller (380 Künstlernamen!) verwirrend; wenige Gegenbeispiele, etwa der Saal, in dem Kandinsky, Klee, Hoerle, Belling, Wissel eine herrlich geschlossene Einheit formieren, beweisen, wie man es sinngemäßer hätte anstellen können. Namen zu nennen, Berühmte oder Hoffnungsvolle herauszuheben, hat demgegenüber keinen Sinn. Man lernt einen betörenden Reichtum an Talenten kennen in einer Überfülle von Werken, die jedem, der sehen kann, den einzigartigen Wert heutiger deutscher Kunst offenbaren — ebenbürtig zum mindesten der, vielleicht überschätzten, französischen Kunst.

SELBSTSCHUTZ!

D.R.G.M. Kawillo Gummi D.R.P.a.

TASCHEN-GUMMI-KNÜPPEL Normallänge 15, im Gebrauch 35 cm, handlich, unauffällig, **wirksamster Schutz gegen Belästigungen und Überfälle.** Das Wesen des „Kawillo" besteht darin, daß aus einer Hülse ein herausschwingbarer Gummiknüppel durch eine Schwingfeder zum erfolgreichen, wuchtigen Verteidigungsschlag in Tätigkeit gesetzt wird. **Handlich und stets schlagbereit.** Lieferant der Deutschen Reichspost und anderer Behörden. Stückpreis M. 2,75, Prospekt und Nachnahme-Versand KAWILLO-VERTRIEBSGESELLSCHAFT KARL WILL & Co., Bad Homburg

HELGOLAND Farbige Briefmarken

1025 versch. echte **Briefmarken** aller Länder, darunter Braunschweig, Thurn und Taxis, Sachsen, Preußen u. 24 versch. dtsch. Kolonien, nur **M. 3,85.** Große ill. Preisl. üb. Altdeutschl. sow. Länderpak. u. Briefmarken-Alb. kostenl. MAX HERBST, Markenh. HAMBURG 133

Feinstes Tafel - Pflaumenmus

Garant. rein, unübertr. im Geschmack, Dankschr. und Nachbest. fortgesetzt.

10-Pfund-Posteimer	3,60 RM
25-Pfund-Bahneimer	8,50 RM
30-Pfund-Emaille-Eimer (prkt.)	10,50 RM
Ia Speise-Sirup	
10-Pfund-Posteimer	4,— RM
Tafel-Senfgurken	
Die 8-Pfund-Postdose	4,75 RM

Ab hier, unter Nachnahme
Fritz Kleine, Magdeburg-Fr. 286

Die schönen
GEBIRGSLANDSCHAFTEN
aus dem
KUNSTVERLAG LUDWIG MÖLLER, LÜBECK
sind eine bleibende Reise-Erinnerung und ein Schmuck für jedes Haus. Illustrierte Prospekte auf Verlangen gratis. Zu beziehen durch alle Buch- und Kunsthandlungen.

Arcona-Räder

Die **Qualitätsmarke!** *Hand. ltePreise. Das bekannte zuverl. Gebrauchsrad Marke* **Stern,** *Modell 5, hergestellt aus bestem Material, m. modernst. Rahmenbau, m. Goldlinien abges., mit 5 Jahren Garantie u. Orig.-Torpedofreilf., Vers. überallhin. Zahlungserl.* **68 M.**
Verlangen Sie Katalog gratis u. franko, *auch über Sprechmaschin, Musikinstrum., Uhren, Goldwaren. Wirtschaftsart. u.s.w.*
Ernst Machnow Berlin, Weinmeisterstr. 14
Größt. Fahrradhaus Deutschl.

In 6. Auflage erschien:
DAS MOTORRAD
von C. W. Vogelsang. Geb. 3,50 M.
Verlag Volckmann. Berlin-Charlottenburg 2

HEIMATDIENST-SAMMELMAPPEN

WIE IM VERGANGENEN JAHRE
hat der Zentral-Verlag GmbH auch für den Jahrgang 1928 des Heimatdienstes eine Sammelmappe herstellen lassen, um das wertvolle Material, das die Zeitschrift „Der Heimatdienst" bietet, auch in äußerlich ansehnlicher Gestalt aufheben zu können

DER PREIS
in Halbleinen mit Aufdruck beträgt **2** MARK
für die Mappe, zuzüglich Porto
Voreinsendung des Betrages oder Nachnahme

ZENTRAL-VERLAG GMBH, BERLIN W 35 POTSDAMER STRASSE 41
POSTSCHECKKONTO BERLIN 78995

KLEINE ANZEIGEN

Für den Haushalt

Bier

selbst zu brauen mit Hausbräu, einfach wie Kaffeekochen, Mißlingen ausgeschl. Garrein bay. Malz und Hopfen. Packung für 25 Liter hell oder dunkel. M. 1.50. **Eckhardt**, Augsburg II, Ravenspurger Str. 12/79

Allerfeinste Oldenburger
Tafelbutter

a. hocherhitzt. Rahm, versende tägl. frisch in Postpak. v. 6 und 9 Pfd. Inhalt, in 1 oder ½ Pfd.-Stück verp., gegen Nachn. zum Tagespr. dir. an Private. Erste Butjadinger Molkerei-Gen. **Ruhwarden 18** (Oldbg.)

KÄSE, direkt vom Hersteller.
9 Pfd. rote Kugelkäse M. 3,80
9 „ Tafelkäse, Stan. „ 4,—
9 „ Tilsiterformkäse „ 3,60
Schnittfest, bestes Rohmaterial. Porto M. 1,—. Nichtgefl. retour.
Käseschmelzwerk, Freiburg/Elbe 224.

DEUTSCHER WEIN
ab M. 1,10 per Fl, fern. Rot- u. Südweine sow. Spirituos. Preisl. verl. **W. Schmitgen, Berncastel 60, Mosel**

„BACCHUS"
WEIN-SCHRÄNKE
PREISLISTE GRATIS
JOH. NIC. DEHLER
COBURG 14

Feinstes Tafel-Pflaumenmus

wohlschmeckend u. gesund, garantiert rein, mit Zucker eingekocht. 10 Pfd.-Eimer, Postkolli 3,75 M., 25 Pfd.-Bahnkolli 8,50 M., Fässer mit 35—140 Pfd. à Pfd. 0,34 M., ff. Preißelbeeren mit Zucker, 10 Pfd.-Eimer 6,— M., ff. Rübensaft, beste Qualität, 10 Pfd.-Dose 3,15 M. Preise ab hier, gegen Nachn.
HEINR. ECKSTEIN Konservenfab./Magdeburg N. 450

OWeh! Strumpf kaput!
Bei Gebrauch meines Strumpfschoners „FUSSWARM" unmöglich! 12 Paar für 1 Jahr reichend, bis 15 cm Sohlenlänge (anzugeb.) 2,60, bis 20 cm 3,20, darüber 3,60 franko. Nachnahme und Ausland 0,50 teurer. Grosweise 20 % Rabatt. **Herm. Boldt, Hamburg,** Hansaplatz 13, Neuheiten-Vertrieb.

Bienenhonig

garantiert naturrein, allerfeinste Auslese, nur das Beste, was in reinem Honig geboten werden kann, liefert in 5- und 10-Pfd.-Dosen zu 7,50 und 13,50 M. franko.
Honigversand Vogt, Gottmadingen (Baden)

klebt, leimt, kittet Alles

Nähmaschinen

fast neu, 30,— M. an, 5 Jahre Garantie, Katalog gratis. **Nähmaschinenhaus Müller,** Berlin 10, Stalauer Str. 39

Mein Tee- und Kaffee-Filter gewährl. voll. Aroma b. größt Sparsamk. Üb. 10 000 z. Zufriedenh. i Gebr. Fein vern. Vers. g. RM 5.- Nachn. **M. Schellenberg, Gößnitz/Altbg.**

Brunnen

Abessinierbrunnen

kann jeder selbst aufstellen. Manschetten u. Klappen sow. sämtliche Ersatzteile, für alle Pumpen passend, sofort lieferbar.
Illustrierte Preisliste gratis.
A. Schepmann, Pumpenfabrik, Berlin N 300, Chausseestraße 88

Pianos

PIANOS

HARMONIUMS, neue, gebrauchte, ohne Anzahlung.
APOLLO-MUSIKHANDEL Berlin N 24, Friedrichstr. 114 (Oranienburger Tor)

Patente

Erfinder

(Fabrikanten!). Neue Wege. Rat frei. **Dr. Dörr, Berlin 61, Gitschiner Str. 4**

Radio

EUROPA-SPULE
Allwellenempfang, M. 3,—. Radioteile billigst. Schaltungen, Preisliste umsonst. Walter Gesche, Berlin N 65

Schreibmaschinen

Schreibmaschinen

Sichtschrift, 90 Typen, Farbband-Umschaltung, incl. Koffer, 35 MARK. Abbildung. u. Schriftprobe gratis.
MÜLLER, Berlin, Stralauer Straße 39, Fabrikgebäude.

KREMP-JAGDGLÄSER

6×32 Rm. 75,—, 8×26 Rm. 65,—, 6×24 Rm. 60,—. Liste frei. **Kremp, Wetzlar 8**

Die besten
Leitern

für jeden Zweck
M. Barth & Söhne
Berlin W 36, Potsdamer Str. 122c. Tel. Lützow 8581

Briefmarken

1111 tadellos echte Briefmarken v. Samoa, Togo, Karolinen und viel. and. seltenen Ländern für nur **M. 2,95** u. Porto p. Nchn. Preisl. grat.
RUD. ROHR, Berlin W 18, Krausenstraße 3.

BRIEFMARKEN
Preisliste für Sammler gratis. H. JASPER, FÜRTH-BY. 1

Briefmarken
An- und Verkauf
Ausw. ohne Kaufzw. g. Refer. Preisl. gratis
Markenhaus Müller,
Wittenberg, Bezirk Halle

Verschiedenes

Graue Haare

Haupt- oder Barthaare erhalten in ganz kurzer Zeit ihre Naturfarbe bestimmt ohne Haarfarbe waschecht wieder durch meinen absolut unschädlichen Haar-Regenerator Dr. Hummlet, Flasche Mk. 3. Doppelflasche Mk. 4,75. Ill. Preisliste gratis. HERMANN DELIN, Berlin 212, Belle-Alliance-Str. 32. Gegr. 1884

Stottern

(Sprechangst) heilt **Prof. Rud. Denhardt's Anstalt,** Eisenach, Th., Prosp. frei.

DANKSAGUNG
Ischias-, Gicht- u. Rheumatismus-kranken

teile ich gern gegen 15 Pf. Rückporto, sonst **kostenfrei** mit, wie ich vor 3 Jahren von meinem schweren Ischias- und Rheumatismusleiden in ganz kurzer Zeit befreit wurde. **J. Stieling, Militärkantinenpächter, Küstrin-Altstadt Nr. 123**

Photo-Apparate
erstklassig, zu Fabrikpreisen. Gratisliste verlangen. Carl Grosser, Limbach (Sachsen) 39

Sommersprossen

auch in hartnäckigsten Fällen, beseitigt man unt. Garant. m. „Pigmat". Wirkung unerreicht, wo anderes erfolglos bleibt. **Preis M. 4.50.**
Versand geg. Nachn. durch die alleinige Herstellerin
Schröder-Schenke, Berlin W 163 Potsdamer Straße 26 b

QUÄLEN SIE SICH NICHT LÄNGER! TREIBEN SIE

Benutzen Sie zum Einseifen die **„Gamma"-Rasier-Massagebürste** mit Gummi-Lamellen, sie gestaltet das Rasieren **angenehm, schmerzfrei u. zeitsparend,** selbst bei Verwendung gewöhnl. Waschseife D. R. G. M, D. R. P. u. Ausl.-Pat. Preis 1 Gamma RM 2,50 portofrei (Nachn. RM 2.80).
A. Schmidt, Dresden-A. 1 Annenstr. 10
Postscheckkonto Dresden Nr. 28227
Prospekt Nr. 10 frei.

Gummistempel

schnell, sauber, billig. Musterbuch gratis. JOS. BERTRAM, Köln, Engelbertstraße 15

5–10 M. tägl. Verdienst

durch leichte schriftliche Tätigkeit, bin Selbstvergeber. **Verlag Meyer, Abt. Adressen,** Düsseld.-Eller-10

„Dida"

die Hühneraugenbürste
hilft sofort
sie entfernt durch einfaches Reiben in wenigen Minuten schmerzlos und ohne Gefahr Hühneraugen — harte Haut, Preis 1.— M bei Voreinsendung. **E. Horn,** Spandau, Chamissostaße 35

Achtung

Artikel der Gesundheits- und Krankenpflege, chirurgische und hygienische Gummiwaren. **Gummistrümpfe** etc. Preisliste gratis. HERMANN DELIN, Berlin 212, Belle-Alliance-Straße 32. Gegründet 1884

Für den Garten

Buschrosen

in nur ausgewählten Prachtfarben, dieses Jahr noch blühend, 25 Stck. Rm. 12,50, 50 Stck. Rm. 24,—, 100 Stck. Rm. 45,— liefert packfrei ab hier gegen Nachnahme
K. Falk, Rosenkulturen, Friedberg (Hessen)

Staunend billig! 20 Buschrosen

nur 5,60, 100 Stück 26,— Mk., Stammrosen 1,60 Mk., Obstbäume, Beerensträuch., Heckenpflanzen auf Anfr.
C. H. W. Strüver, Hamburg 1

Versende 10 schönste
DAHLIEN
zu 4, 5, 6, 8, 10 und 11 M.
GLADIOLEN
30 Stck. 3 M., 50 Stck. 4,50 M.
EDELNELKEN
(Riesen) 30 Stck. 3 M., 50 Stck. 4.50 M., blühen Juli bis Frost. Liste frei.
W. BAX, Wittenberge 55, Bez. Potsdam, Lenzenerstr. 5

....mehr Gemüse

und prächtige Blumen erzielen Sie durch die Adlersaat. Verlangen Sie sofort kostenfrei den nützlichen Katalog mit 300 Abbildungen. Günstige Preise. Reiche Auswahl. Sorgfältige Bedienung.
Adler & Co.
Adlersaat-Samenzucht
Erfurt B 6

Fort mit Giften und schädlichen Arzneien bei:

Rheumatismus Hilfe

Gicht, Ischias, Nervenschmerzen sowie Schlaflosigkeit finden auch Sie bei älteren hartnäckigen Leiden durch mein neues, schnell wirkendes Spezialmittel, Schmerzen verschwinden innerhalb weniger Minuten.

Man darf wohl sagen, daß bei dem hochentwickelten Stande der modernen Wissenschaft Dutzende von Remidien für ein körperliches Leiden zur Verfügung stehen, insbesondere gegen Rheumatismus. Aber man wird bei genauer Prüfung finden, daß auch in dieser Hinsicht das uralte Sprichwort zutrifft: „Es ist nicht alles Gold, was glänzt". Mit Recht bringt deshalb das Publikum **nur solchen Heilmitteln Vertrauen entgegen,** die sich in der Praxis nach jeder Richtung bewährt haben. **Mein Spezialmittel** ist **frei von Giften** und hinterläßt keine schädlichen Nachwirkungen.

Aus meinen zahlreichen Anerkennungsschreiben lesen wir beispielsweise: Teile Ihnen ergebenst mit, daß mir Ihr Spezialmittel nach zweitägigem Gebrauch **alle Schmerzen beseitigt hat,** trotzdem ich an Ischias seit 1920 leide. Ich danke Ihnen recht herzlich dafür und habe es in meiner Umgebung allen Rheuma- und Gichtkranken empfohlen. **Meine Kapseln** sind leicht und angenehm einzunehmen. Langwierige, meist zwecklose Tee- und Einreibekuren sind daher nicht mehr nötig. **Meine grosse Garantie!** Sie erhalten den vollen Betrag zurück, wenn Sie bei Anwendung meines Spezialmittels keinen Erfolg erzielen.
Preis Rm. 6,—. Versand gegen Nachn. durch meine Apotheke. Prosp. kostenl.

W. Stanzius, Hamburg (E. 421) Gr. Bleichen 31
(Kaufmannshaus)
Tausenden ist geholfen; wir helfen auch Ihnen!

Sind Hämorrhoiden heilbar?

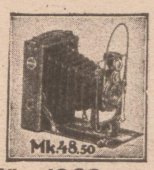
Ja und nein! Wenn ein Hämorrhoidenkranker dieses wirklich ernste Leiden vernachlässigt, wird es ihm immer größere Qual bereiten. Die anfangs unbedeutenden Knoten am Darm wachsen, sie wandern in den Darm hinein und platzen schließlich auf. Dann besteht die Gefahr, daß Blutgerinnsel in die Blutbahnen kommen und dort zu sehr gefährlichen Verstopfungen führen. Es kommt hinzu, daß die Schmerzen, das Brennen und das Jucken der erkrankten Teile immer unerträglicher werden und den Kranken körperlich und seelisch zugrunde richten. Schließlich bleibt dem verzweifelten Patienten nur noch übrig, sich auf dem Wege der Operation unsichere Heilung zu verschaffen.

Muß das sein? In den meisten Fällen: Nein! Denn Hämorrhoiden, rechtzeitig als solche erkannt und sachgemäß behandelt, können mit großer Aussicht auf Erfolg auch ohne Operation beseitigt werden. Neben peinlicher Sauberkeit muß eine geeignete Salbe zur Anwendung kommen, die die Knoten zur Schrumpfung bringt, die Schmerzen lindert, die Entzündungen beseitigt. Die bewährte Humidon-Salbe verbindet alle diese Eigenschaften in hervorragendem Maße. Schon nach ganz kurzer Anwendung läßt das Jucken und Brennen nach. Damit ist schon viel gewonnen; denn fällt der Juckreiz fort, so verringert sich auch die Gefahr weitergetragener Infektionen. Nun erst kann der Heilungsprozeß beginnen. Die Humidon-Salbe wird seit Jahren auch in verzweifelten Fällen gebraucht, und unzählige Kranke bezeugen, daß sie fast Wunderdienste geleistet hat.

Aber die Humidon-Kur ist keine Wunderkur, sondern das Resultat einer wissenschaftlich wohldurchdachten Arbeit. In dieser Salbe sind alle Stoffe vereint, die diese tückische Krankheit erfolgreich zu bekämpfen geeignet sind. Die Humidon-Gesellschaft will überzeugen und nicht überreden. Sie schickt deshalb jedem umsonst eine ausreichende Probe Humidon nebst ärztlicher Aufklärungsschrift über Hämorrhoidenleiden. Diesen kostenlosen Versuch ist jeder seiner Gesundheit schuldig, und die Humidon-Gesellschaft ist überzeugt davon, daß jeder Versuch ein voller Erfolg wird. Also schreiben Sie sofort, ehe Sie es vergessen, nach Probe und Broschüre an die Humidon-Gesellschaft m. b. H., Berlin W 8, Block 199.

Versand d. Apotheke „Zum weißen Kreuz", Verkauf d. Apotheken.

KEIN FRÜHLING OHNE KAMERA!



Der Schlager des D. L. D. für 1928

Beste Klappkamera mit Marken-Anastigmat 1:4,5 in Varioverschluß, Lederbalgen, Brillant- und Rahmensucher, Triebeinstellung und 3 Metallkassetten in Tasche	RM. 48.50
Dieselbe Kamera in Ibsor-Verschluß. . .	RM. 58.50
Kamera in gleicher Ausführung jedoch mit doppeltem Bodenauszug, Markenanastigmat 1:4,5 in Ibsor-Verschluß	RM. 74.50
dto. in Compur-Verschluß	RM. 84.50

Die billige u. gute Schülerkamera:

für Platten 4½×6 mit Mattscheibe, 1 Metallkassette und guter Landschaftslinse .	RM. 6.—
dto. für Platten 6½×9.	RM. 8.50
für Rollfilme 6×9	RM. 10.50
dto. mit Doppel-Objektiv und Rahmensucher	RM. 12.50
Klappkamera mit Spez.-Aplanat	RM. 18.50
dto. mit Anastigmat 6,3	RM. 28.50

Alle Marken Kameras und Zubehör sowie sämtlicher Photobedarf zu Originalpreisen stets am Lager.

D. L. D.-Photobedarf anerkannt billig und gut!

Prospekte kostenlos, Versand nach außerhalb schnellstens.

Deutscher Lichtbild-Dienst

Berlin W 35 G. m. b. H. Potsdamer Str. 41

Postscheckkonto: Berlin 29798

BERNHARD HADRA

Abteilung: Medizinisch-pharmazeut. Fabrik und Export

Berlin C 2

Spandauer Str. 40 und Neue Friedrichstr. 59

Spezialhaus für medizinische Übersee-Ausrüstungen

Apotheken für Auswanderer

Familien-Apotheken — Farm-Apotheken — Expeditions-Apotheken
in jeder Größe und sachgemäßer Ausführung
auf Grund 10 jähriger Erfahrung
Malariamittel — Dysenteriemittel — Vieharzneimittel usw.
Man verlange Preisliste, die kostenfrei zugesandt wird.

Hochdruck-Schnecken-Rippenrohr mit Schräglage

Etwa 15 % Kohlenersparnis erzielen Sie durch den

Liesko-Schnecken-Rippenrohr-Ekonomiser

In Jahresfrist über 15000 qm ausgeführt und in Auftrag. Angebote kostenlos u. unverbindlich.

D.R.P. a. Nr. 450232

LIESEN & CO KREFELD

ABT. 3 EKONOMISERBAU

Schneckenrippenrohr. Länge 2115 mm, Heizfläche pro Rohr 6 qm, mit 110 Rippen.

FRANZ. PAT. NR. 605569 ENGL. PAT. NR. 249432 ITAL. PAT. NR. 239274

Verantwortlich für den redaktionellen Teil gemäß Pressegesetz: Ministerialrat Dr. Strahl, Berlin. — Für den Anzeigenteil: A. Sohnrey, Berlin-Steglitz. — Offsetdruck: W. Büxenstein, Berlin SW 48.